INTERIM

auswärts
2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info 2 DM

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

Wir lieben unser Land

Nr. 209 1. Oktober 1992

Editorial (das klingt doch viel besser als "Vorwort")

Jetzt sitze ich hier an der Schreibmaschine und will noch was ganz Wichtiges zu Papier bringen. Ich weiß, die ganze Szene wird das als erstes lesen, also muß dieses Editorial in drei Sätzen zusammengefaßt die richtige Analyse des aktuellen Geschehens enthalten. Am liebsten würde ich ja gleich meinen Namen runterschreiben, damit alle wissen, wie wichtig ich hier wirklich bin. Aber meine Gruppe meint, ich solle nicht so eitel sein. Doch zumindest eine kleine Andeutung über mich soll doch reinkommen, damit meine liebsten Polit-GenossInnen denken, aha, die/der macht solche Texte. Ich will doch so gerne bewundert werden. Nein, Nein, schreit da schon wieder meine Gruppe, so ein Vorwort soll doch der Szene zeigen, wo es lang geht, was das wichtigste der Woche ist. Doch, doch, liebe Gruppe, wir wollen unsere Politik nicht so unpersönlich gestalten, hinter den trockenen Texten soll der Mensch sichtbar sein, also ich. Ihr müßt doch einsehen, alle Autonomen, die was auf sich halten, lesen jetzt, was ich schreibe, und denken sich, "das ist ja hochinteressant, da müssen wir mal dran diskutieren". Und ihr wollt mich trotz solch wichtiger Anregungen in der Anonymität halten, gleich bin ich beleidigt. Wahrscheinlich meint meine Gruppe gleich, ich würde die Analyse vernachlässigen und anfangen zu labern. Ich nehme aber meine Gefühle ernst bei der Politik und will nicht so abgehoben werden. Ich denke eben an meine LeserInnen, stellt euch dabei doch immer vor, manche von denen kriegen sogar Geld vom Staat dafür, nur damit sie meine Texte lesen, die ganz persönlich von mir verfaßt sind. Stop, schreit plötzlich meine Gruppe, kein Wort mehr ......

Kein bißchen Süßpiece im Briefkasten - und das, wo es jetzt überall Marzipankartoffeln gibt. Wir sind entsetzt!!

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Ordnerliste:

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Ich bin ein Adler!
Ich bin ein Adler!
Ich bin ein Adler!

Inhalt:

Feste feiern - bis sie fallen !

Am 3. Oktober - Auf nach Schwerin !

Letzte Infos

Am 3. Oktober finden während des ganzen Tages die zentralen Einheitsfeierlichkeiten der BRD in Schwerin statt.

An diesem Tag wird in der Innenstadt dieses Ortes die gesamte politische Führungsklasse der BRD erwartet: Weisäcker, Kohl, Engholm, die Ministerpräsidenten der Länder, Bundes- und Landesminister, Staatssekretäre usw. Summa summarum sind an diesem Tag ca. 1000 verantwortliche Staatsmafiosi in der Stadt, um gemeinsam mit 150 000 erwarteten Besuchern eine "Einheit" zwischen unten und oben zu feiern; eine "Einheit" von der wir sagen, daß es sie nicht gibt. Nach unserem bisherigen Kenntnisstand sind zu dem Schutz der Bagage aus Bonn bislang 2000 Bullen aufgeboten.

Insbesondere im Osten der neuen BRD gibt es schon seit längeren eine stille Gegen-Mobilisierung zu diesem Termin, die organisatorisch von den Bürgerkomitees für Gerechtigkeit und der PDS getragen wird. Beide Gruppierungen mobilisieren mit einem eigenen Aufruf nach Schwerin. So wird beispielsweise von der PDS in Berlin ein Sonderzug der Reichsbahn mit 2500 Plätzen organisiert, um nach Schwerin zu fahren. Die Bürgerkomitees veranstalten am 3. Oktober für die Zeit zwischen 11 und 13 Uhr in der August-Bebel-Straße / Schweinemarkt eine Kundgebung unter dem Motto: "Die Würde des Menschen ist antastbar - gegen Sozialabbau und Fremdenhaß". Zu dieser Kundgebung werden mindestens 10 000 TeilnehmerInnen erwartet. Wenige hundert Meter Luftlinie entfernt soll ungefähr zur gleichen Zeit für die Bonner Bagage um 10.15 Uhr im Schweriner Dom ein Gottesdienst stattfinden. Danach findet um 12 Uhr nur wenige Meter entfernt ein "offizieller Festakt der BRD" im Schweriner Staatstheater statt.
Wir rufen dazu auf sich ab 10 Uhr im Schweriner Dom einzufinden, um uns - wie es unsere Art ist - am "Gottesdienst" zu beteiligen. Sofern das nicht klappt, z.B. weil wir für "Ungläubige" gehalten werden, rufen wir dazu auf, es um 12 Uhr beim Staatstheater noch einmal zu versuchen.

Es wird am 3. Oktober in Schwerin einen Ermittlungsausschuß unter folgender Nummer geben: 5315 (Vorwahl Ost: 0984 / Vorwahl West: 0385).

Am Platz der Freiheit richten wir im "Jugendhaus" (in der Nähe des Hauptbahnhofes) für alle Interessierten eine "Infobörse" ein. Dort werden alle wichtigen Informationen an diesem Tag gesammelt und weitergegeben.

Politisches Ziel unserer Aktivitäten an diesem Tag in Schwerin soll sein:
- Eine engagierte Beteiligung an den Protesten von Menschen, vorwiegend aus der Ex-DDR gegen Sozialabbau und Rassismus
- Den direkten Kontakt mit den für rassistsiche Asyldebatten und daraus folgenden Nazi-Pogromen verantwortlichen Politikern suchen und herstellen
- In der Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vopo. d.h. an dem Ort wo die Schreibtischtäter für die Pogrome von Rostock-Lichtenhagen sitzen, einen bleibenden Eindruck hinterlassen.

Soziale Selbstorganisation und Massenautononmie gegen Ko(h)loniealisierung und Barbarei !

Autonome Gruppen Berlin / Schwerin

Bundesweites Info-Telefon: 030/ 2510591
Vollversammlung: Mehringhof am Donnerstag, d. 1.10.92 um 20 Uhr

STOPPT NAZI-ZEITUNGEN

Mit diesem kurzen Infoblatt wollen wir eine Kampagne vorstellen, die sich gegen den öffentlichen Verkauf faschistischer Zeitungen an Kiosken wendet. Faschistische Zeitungen, damit meinen wir die Blätter, die auf eine neue diktatorische bzw. faschistische Gesellschaftsordnung hinarbeiten, die die Judenvernichtung verleugnen oder relativieren, die ehemalige "Ostgebiete" zurückfordern, die rassistische Hetze verbreiten und jüdischen, linken und anderen Menschen eine Lebensberechtigung direkt oder indirekt absprechen. Dabei gehen diese Zeitungen unterschiedlich vor, sie sprechen unterschiedliche Schichten an und sind auch unterschiedlich offen faschistisch.
Wir betreiben diese Kampagne, weil uns die Entwicklung in diesem Land total ankotzt: Die Linke ist immer mehr am resignieren, antifaschistische Menschen stehen oft vor totaler Ratlosigkeit, werden passiv und ziehen sich zurück.
Demgegenüber eine erstarkende Rechte, massiver Nationalismus, der von Presse, Politik und sonstwie gearteten "demokratischen" Institutionen geschürt wird und als Folge daraus ein erstarkender Rassismus, der immer häufiger in Angriffen und sogar Morden gipfelt. Alte und neue Nazis haben heutzutage immer weniger zu fürchten, sie sind schon lange nicht mehr gezwungen, ihre Gesinnung zu verstecken. Mittlerweile ist es schon normal, daß faschistische Organisationen ihren Dreck offen auf der Straße verteilen können. Und ein Stück dieser Normalität ist eben auch der offene Verkauf von faschistischen und antisemitischen Publikationen.
Wir wollen gegen diese Normalität angehen. Wir haben kein Bock, diese Normalität der Gleichgültigkeit zu akzeptieren. Und wir wollen diese Scheiß-Normalität nicht hinnehmen; und dabei geht es beiweitem nicht nur um diese Zeitungen, denn die sind für uns nur ein einziger Punkt von vielen. Uns geht's auch darum, daß wir uns nicht an diesen Mist gewöhnen: Die Überfälle, Verletzten und Toten, deren "Fehler" es ist, auch einem anderen Land zu kommen; oder die Anpöbeleien in der Straßenbahn, nur weil jemand eine dunkle Hautfarbe oder vielleicht bunte Haare hat; die deutschen Farben auf den Autos, T-Shirts, Fahnen. Überall schlägt uns DEUTSCHLAND entgegen, aber wir wollen das nicht mitmachen! Im Gegenteil, wir wissen, was mit diesem Deutschland gemeint ist: Nämlich Spießertum, Intoleranz und Unterdrückung. Wer nicht ist wie die Mehrheit, muß dran glauben.
Daß heute Zeitungen offen ausliegen, die noch vor wenigen Jahren fast nur unter dem Ladentisch zu finden waren, ist ein deutliches Zeichen. Ein Zeichen nur, denn uns ist auch klar, daß wir mit dieser Kampagne nicht die Ursachen bekämpfen und daß wir dadurch auch keine linken Positionen verbreiten. Natürlich werden wir damit politisch auch angreifbarer, denn immerhin bekämpfen wir mit dieser Kampagne etwas, was wir eigentlich ja fordern: Toleranz gegenüber Andersdenkenden. Doch dem ist nicht so, denn wir sind der Meinung, daß diese Toleranz Grenzen haben muß - und zwar dort, wo sie Unterdrückung und Tod zuläßt. Faschismus kann man nicht tolerieren, da gibt es kein Wenn und Aber. Organisationen, die auf die Wiedererrichtung eines faschistischen Staates hinarbeiten, müssen bekämpft werden, ihnen darf man nie wieder die Möglichkeit geben, für diese Ziele zu werben. Und nichts anderes ist der Inhalt dieser Kampagne.
Wir könnten uns damit ja auch gegen die bürgerliche Presse wenden, da sie es hauptsächlich ist, die die Volksverdummung betreibt und im Grunde neben anderen erst den Nährboden für rechtsextreme Gedanken schafft. Doch uns geht es eben darum, gezielt die

DEUTSCHE NATIONALZEITUNG
DEUTSCHE WOCHENZEITUNG
Beides Wochenzeitungen des rechtsextremen Verlegers und Kapitalisten Gerhard Frey (DVU), die an fast allen Kiosken verkauft werden.
JUNGE FREIHEIT
Nationalzeitung aus dem neurechten Sprektrum, herausgegeben von rechtsextremen Studenten und Intellektuellen.
CRITICON
Intellektuelle Monatszeitschrift, ebenfalls aus dem Spektrum der "Neuen Rechten".
DEUTSCHE STIMME
Monatlich erscheinende Zeitung der NPD, wird bisher nur vereinzelt an Kiosken vertrieben.
DEUTSCHER STANDPUNKT
Teure und schlecht aufgemachte Monatszeitung des ehemaligen FAP-Bundesvorsitzenden Martin Pape.

offene faschistische Propaganda zu bekämpfen, die rechtsradikale Presse, die ausprobiert, wie weit sie gehen kann. Wir halten diese Kampagne nicht für das allein Richtige und sie ist auch nur ein Teil unserer Arbeit. Es muß selbstverständlich noch viel mehr laufen, wir sind ja in permanenten Auseinandersetzungen, nicht nur gegen die Faschisten.
Die Kampagne *"Stoppt Nazi-Zeitungen"* soll auch dazu dienen, etwas aus der Isolation herauszukommen und sie soll Gruppen und Einzelpersonen eine Möglichkeit zum praktischen Handeln geben. Was sie nicht leisten kann ist ein Ersatz für weitergehende Arbeit zu bieten, dies kann nur lokal und regional entwickelt werden.

So sieht die Kampagne aus:

Wir haben herausgesucht, welche faschistischen Zeitungen derzeit bundesweit öffentlich verkauft werden. Diese Blätter stellen wir weiter hinten noch einmal vor. Es gibt Gegenden, in denen nur einige dieser Zeitungen verkauft werden, in manchen Orten findet man alle. Um sich einen Überblick zu verschaffen gibt es für antifaschistische Gruppen und Menschen eine Liste, die auf der Rückseite abgedruckt ist und auch bei uns bestellt werden kann und in der die jeweiligen Zeitungen mit Adresse der Verkaufsstelle eingetragen werden können. JedeR kann dann mit einem speziellen Brief zu den HändlerInnen gehen (oder ihn hinschicken), in dem auf den Charakter der angebotenen Zeitungen hingewiesen wird. In diesen Brief haben wir auch die Aufforderung hineingenommen, den Verkauf der betreffenden Blätter in Zukunft zu unterlassen, ohne jedoch auf spezielle Konsequenzen einzugehen. Ob und gegebenenfalls welche Konsequenzen von den jeweiligen Antifas gezogen werden, bleibt ihnen natürlich in jedem Fall selbst überlassen. Zum Beispiel ob legale oder illegale Aktionen folgen, darauf haben wir weder Einfluß, noch wollen wir uns in die dortigen Vorgehensweisen mit erhobenem Zeigefinger einmischen. Dasselbe gilt für die weitere Beobachtung der Entwicklung in den einzelnen Läden und evtl. Veröffentlichungen der entsprechenden Adressen.
Auf jeden Fall stellen wir noch Plakate und Aufkleber zur Verfügung, die bei uns bestellt werden können. Die Aufkleber eignen sich z.B. gut zum Anbringen auf den betreffenden Zeitungen, die Plakate eher für die Fassade.

KZ-Supermarkt – warum nicht?
Müssen wir ewig wegen Hitler büßen?
National+Zeitung
Ausländer bald in der Mehrheit?
Die Zigeuner kommen
Deutsche Verbrechen frei erfunden
Die großen Lügen gegen unser Volk (Seite 3)
Deutsche Wochen-Zeitung
Deutscher Anzeiger
FÜR NATIONALE POLITIK · KULTUR UND WIRTSCHAFT
Kommen Millionen Zigeuner?
Wie viele sind kriminell?
Die Milliardengeschenke an Warschau
JUNGE FREIHEIT
Das lästige Vaterland
DS Deutscher Standpunkt
Zuerst mit USA
Wahlschwindel

Übrigens...:

Wir leben ja nun mal in einem **Rechts**-Staat, der antifaschistische Aktivitäten nicht unbedingt fördert, deshalb ist auf jeden Fall Vorsicht angebracht: Der Versand mit der Post ist unumgänglich, aber es wäre besser, wenn möglich, keine Privatadressen zu schicken. Falls das nicht anders geht, sollten eventuelle Berichte über gelaufene Aktionen und ihre Wirkung auf keinen Fall mit Privat-Absender hergeschickt werden. Es kann gut sein, daß irgendwelche Staatsanwaltschaften den Versuch von Nötigung wittern (was natürlich Quatsch ist) und Leuten dann Böses antun wollen. Deshalb solche Berichte möglichst anonym schicken, es reicht ja die Ortsangabe.
Ansonsten sind Erfahrungsberichte auf jeden Fall erwünscht, damit wir einen Eindruck über den Ablauf der Kampagne haben!

STOPPT NAZIZEITUNGEN

ViSdP: *Kai Mara*
Kontakt:
EDELWEISS-PIRATEN
Gneisenaustr. 2a · 1000 Berlin 61

Antifa

Warum in die Ferne schweifen, wenn das Übel vor der Haustür liegt?

Einige gute Gründe, nicht nach Wunsiedel und Bayreuth zu fahren

Wunsiedel - ein Wallfahrtsort, an dem alljährlich Tausende von Pilgern einem Märtyrer huldigen? Kein Mensch kann ernsthaft behaupten, daß jemals ein Mensch für Deutschland ans Kreuz geschlagen wurde oder erzählen, in Wunsiedel träfen sich religiös gesinnte Wanderer. Jungfaschisten wie Worch, Althans, oder wie sie sonst noch heißen mögen, lügen sich ja nicht nur selbst in die eigene Tasche, wenn sie den Iden (1) des August Rudolf Hess bejubeln.

Lassen wir die Kirche im Dorf. In dem bayrischen Touristenstädtchen liegt der ehemalige Stellvertreter des "Führers" begraben, der Repräsentant einer besonderen Fraktion des Faschismus, der die Führerschaft seines Herrn und Meisters spirituell begründen half. Seine wirklichen Erben sind nicht die Organisatoren des "Aufmarsches" in Wunsiedel, sondern die Rainer Langhanse und Rudolf Bahros, die sich Adolf Hitler ebenfalls spiritistisch annähern. Für die Profiteure am Faschismus in der Eroberungsphase war Rudolf Hess völlig uninteressant, weil ineffektiv. Himmlers waren gefragt, und Hess konnte seelenruhig abfliegen.

Für die Neo-FaschistInnen erhält Hess aus folgenden Gründen eine besondere Bedeutung: Seine Leiche ist an bekanntem Ort begraben. Hess repräsentierte von Beginn seiner politischen Karriere in der Thule-Gesellschaft und dem Freikorps Epp (mitverantwortlich für die Zerschlagung der Räterepublik in München) den Anti-Semitismus. Sein Engagement für die sogenannten Nürnberger Gesetze, ist historisch dokumentiert. Seinen persönlichen Haß gegen "die Schwulen" in der SA reagierte er mit starkem Engagement bei der Ermordung der "SA-Kameraden" während des sogenannten Röhm-Putsches 1934 ab. Hess eignet sich auch deshalb für eine Mythenbildung der Neo-FaschistInnen, weil nur wenige Primärquellen seine Aktivitäten im Faschismus genauestens belegen. So wird er für den "schwulen" Kühnen genauso verwertbar wie für den "Schwulenhasser" Friedhelm Busse, dem Vorsitzenden der FAP.

Inzwischen können die Wunsiedler Aufmärsche als sinnvolle Ergänzung zu den Bayreuther Festspielen betrachtet werden. Um einen antifaschistischen Widerstand dort zu organisieren, muß übrigens nicht mit der unehrlichen Argumentation geworben werden, daß in Wunsiedel der *"größte Aufmarsch"* seit 1945 in der BRD stattfindet. Das ist objektiv falsch, wenn mensch sich vergegenwärtigt, daß einige Monate vorher bei den "Passauer Passionsspielen", um beim religiösen Jargon zu bleiben, die DVU Tausende mehr in die Festhalle zwängen konnte.

Wenn die "Putz"-Kolonnen streiken...

Wenige tausend AntifaschistInnen werden gegen den Aufmarsch in Wunsiedel/Bayreuth vor Ort demonstrieren und zwar so, wie die bayrische Staatsregierung, die Oppositionsparteien und die polizeiliche Führung es zulassen. Es spricht nichts dagegen, die FaschistInnen, die sich am meisten die Wiederzulassung der NSDAP wünschen, bei ihrer Aufbauarbeit zu stören und anzugreifen. Wer aber solche Großveranstaltungen wie eine Antifa-Demo in Wunsiedel organisiert, muß sich darüber klar sein, daß die Linke über kein Konzept verfügt, die Polizei militärisch zu schlagen. Die Polizei, die dafür zu sorgen hat, daß die FaschistInnen ihr "demokratisches" Recht auf Versammlungsfreiheit nutzen können.

Erfahrungen mit den letzten Großdemos in Passau und jetzt in München waren Resignation und Ohnmacht. Schon im vergangenem Jahr waren ökonomische, physische und psychische Verschleißerscheinungen so stark, daß heute in keinem Aufruf mehr von "Verhinderungsaktionnen" gesprochen wird. Deshalb hat es keinen Zweck zu Großaktionen aufzurufen, die wie "Dinner for one" einem jährlichen Wiederholungszwang unterliegen, dabei nichts außer Präsenzpflicht verlangen und somit die Anzahl der Anwesenden, über alle inhaltlichen Auseinandersetzungen, an Bedeutung gewinnt. Gilt denn der olympische Grundsatz: Je mehr von uns, desto weiter ist die "Teilbereichsbewegung"? Machen wir uns doch nichts vor: Eine große Präsenz täuscht nur eine Stärke und Einigkeit vor, die es in Wirklichkeit nicht gibt.

Die Geschichte von Wunsiedel ist nicht nur durch die jährlich steigende Anzahl der FaschistInnen geprägt, die dort leibhaftig aufmarschieren, sondern auch durch die wechselnden Bündnisse von AntifaschistInnen. Verschiedene Ansätze, eine "Massendemonstration" gegen die FaschistInnen auf die Beine zu bekommen, sind gescheitert. Oft genug war es der politische Opportunismus einzelner Organisationen, war es ein verbaler Antifaschismus oder das *"BürgerInnen schließt eure Fenster* (Augen und Ohren) *vor den Faschisten"* des Wunsiedler Stadtrates. Weder Grüne noch Sozialdemokratinnen haben das stetige Anwachsen der FaschistInnen verhindert. Die parlamentarischen Parteien haben eher ein taktisches Verhältnis zum Antifaschismus. Die autonome Antifa wird von SPD und Grünen gleichermaßen bekämpft, nur neidet man ihr die Fähigkeit, Tausende von Menschen mobilisieren zu können. Im letzten Jahr wurden die Autonomen dafür mit Transparenten begrüßt, auf denen *"Nazi und Chaoten nicht willkommen!"* zu lesen war. Diese Forderung wurde von allen Parteien im Kommunalparlament unterstützt. Wer

nach Wunsiedel fährt, kämpft nicht nur gegen die FaschistInnen und die PolizistInnen (sinnigerweise Unterstützungssonderkommandos genannt), sondern hat auch die parlamentarischen RepräsentantInnen der örtlichen Bevölkerung gegen sich. Soll Widerstand gegen Neo-Faschismus in der Bevölkerung verankert sein, dann gibt es einen gewichtigen Grund, nicht zur Großdemo nach Bayreuth/Wunsiedel zu fahren. In den bürgerlichen Medien wird im Anschluß an die "Hess-Veranstaltungen" regelmäßig die Polizeiarbeit gelobt, die dafür gesorgt habe, daß die "Extremisten" keinen größeren Schaden anrichteten. Für manche ist es auch sehr beruhigend, in den Medien zu lesen, daß immer ein paar mehr AntifaschistInnen gegen die Neo-FaschistInnen demonstriert haben. Solange wie das so läuft, muß mensch sich auch keine größeren Sorgen machen. CDU-Innenminister Schäuble oder SPD-Vordenker Peter Glotz können sich weiterhin in die Reihe aufrichter AntifaschistInnen stellen. Nehmen wir diese Herren doch einmal beim Wort: Warum gehen die denn nicht in Wunsiedel auf die Straße, wo sie doch so besorgt um den Bestand der Bonner Demokratie sind? Müssen wir für die Halbherzigen die "Putz"-Dienste übernehmen? Wir wollen keine Alibifunktion übernehmen.

Mein Aktionsradius ist klein, kommt mir niemals ein Faschist hinein...

Die bundesweit organisierte Antifa-Arbeit kann nur so gut sein wie ihre Basis. Aufmärsche wie in Dresden im Juni 1991, in Bayreuth/Wunsiedel im August oder in Halle im November sind bei gut fuktionierender Antifa-Arbeit vor Ort - einerlei ob in Berlin oder in Carolinensiel - massiv zu verhindern. Wer weiß, von wo die FaschistInnen sich wie bewegen, hat etliche Möglichkeiten, die tatsächliche TeilnehmerInnenzahl am Aufmarsch zu beeinflussen.

Außerdem: Ist es politisch überhaupt richtig, sich auf die "militanten FaschistInnen" als die "Drahtzieher im braunen Netz" zu konzentrieren? Was ist mit den Mitgliedern der "besten Gesellschaft", die in unseren Alltag viel stärker hineinwirken, wie der Lokalpolitiker der CDU, der behauptet, "Asylanten" würden die Umwelt verschmutzen, wie der Sozialdemokrat, der die "Ausländer" an ihren Köpfen packen will, wie der zartbesaitete Antroposoph, für den "Neger" Tiere sind, wie der "Freie Humanist", der die christliche Kirche verdammt und nur deutsche auf seinen ökologisch bestellten Waldfriedhöfen bestattet. Was ist mit dem alternativen Buchladen, der Bücher des Faschisten Bruker verhökert, der mit seiner "gesunden Ernährung" an unsere Körper will? Kommen wir den Dingen doch auf die Spur und bekämpfen wir ihre Beliebigkeit. Trennungslinien ziehen und polarisieren gegen die herrschende Ideologie. Die Herrschenden brauchen für militärische Operationen, ihre Feldzüge für Profitmaximierung, jede Menge Söldner. Das Kapital wirkt destruktiv: Es läßt durch Kriege zerstören, um an Waffengeschäften und "Wiederaufbauleistungen" Gewinne zu machen.

Die kurzgeschorenen Männerköpfe in Wunsiedel sind da gerade recht. Selbständig denkende und handelnde Individuen, die der allabendlich in allen Fernsehkanälen wehenden National-Fahne im sogenannten Ernstfall den Rücken kehren, sind fehl am Platz.

Wirkungsvoller Widerstand funktioniert nur, wenn er überall von vielen in kleinen und kleinsten Gruppen praktiziert wird. Nur so können Aufmärsche der Neo-FaschistInnen, können alle Versuche von staatlicher Seite, uns eine Niederlage aufzudrücken, verhindert und unmöglich gemacht werden.

Unser Konzept lautet, vor Ort praktisch aktiv zu werden gegen jeden Versuch, die mörderischen Schweinereien des Faschismus zu verharmlosen oder neu zu beleben.

AK "Keinen Fußbreit den FaschistInnen", c/o Alhambra, Hermannstraße 8, 2900 Oldenburg
AJA BREMEN, c/o Infoladen Umschlagplatz, St.-Pauli-Straße 10/12, 2800 Bremen 1

Anmerkungen:
Der Text ist das Resultat eines ersten Abschnitts unserer Diskussion, sie ist noch nicht abgeschlossen. So kommts, daß noch einige Widersprüche an politischen Konzepten und Ungenauigkeiten vorhanden sind. Wir stellen uns jedoch vor, diese zu klären und nachzureichen.

(1) eigentlich: Der 13. oder 15. Monatstag des altröm. Kalenders

Zum Bericht einiger AntifaschistInnen aus dem Rostocker Knast in der INTERIM Nr. 206

An die klugen und sicherlich auch schönen AntifaschistInnen.
Wir finden, daß eurem Gardinenbericht bisher nicht die ihm gebührende Beachtung beigemessen wurde, deshalb einige Worte von uns dazu:
Wirklich, wir waren beeindruckt, wie ihr es geschafft habt, in dieser Situation euch eure aufrichtigen Gefühle zu bewahren und gleichzeitig aber auch hart durchzugreifen und stringent und klar die Sachlage zu analysieren. So ward ihr einerseits nicht nur in der Lage, Provokationen zu beantworten, sondern auch tatsächlich über die Aneignung von Zigaretten die "Vorherrschaft" in der Turnhalle zu erlangen und die FaschistInnen ggf. zu spalten. Ihr ward also ganz Herr der Lage, und das erfüllt uns mit Stolz, während wir auch gleichzeitig berührt davon sind, daß ihr andererseits in dieser Situation noch offen ward für so tiefe Gefühle wie der echten Empörung über die bevorzugte Behandlung der FaschistInnen durch Bullen und Justiz, obwohl ihr euch doch als AntifaschistInnen zu erkennen gegeben hattet. Aber auch dieses Gefühl bekamt ihr durch eure glasklare Analyse der politischen Verhältnisse der BRD 1992 schnell in den Griff.

Gut, gut. Wir könnten das alles als unwesentliches Brustgetrommel abtun, nicht weiter der Rede wert und altbekannt, wäre euch dann nicht sozusagen als Krönung dieser peinliche faux-pas bei den Personenbeschreibungen der FaschistInnen unterlaufen: Das Aussehen der Männer wird neutral beschrieben, eine Bewertung findet wenn überhaupt bei der Beurteilung ihrer geistigen Fähigkeiten statt, die Beschreibung des Aussehens der Frau dagegen findet ihre zusammenfassende Bewertung in den Worten "klein häßlich", damit ist ja dann wohl alles wesentliche zu ihr gesagt. Wir finden das in dieser Deutlichkeit einfach klasse!

Doch, euch gelingt es wirklich schon gut, in eurem Handeln, Denken und FÜhlen und leider auch Schreiben den Geschmack von Freiheit zu vermitteln. Geradezu ansteckend.

Jane und Judy

Zum Papier " Sieg oder Niederlage", Interim Nr. 208 (Rostocknachbereitung)
Werte Genossinnen und Genossen!
Euer flammender Plädoyer für das heldInnenhafte Durchsetzen des Konvois nach Rostock ohne Bullenkontrolle und zerschmetternde Kritik am Pragmatismus der KonvoiorganisatorInnen ist ja gut und schön, eure weiteren Ausführungen von "überforderten jungen Frauen, die mit ihren Funken nur Chaos veranstalteten" finde ich dann aber zum Kotzen. Warum erwähnt ihr so ausdrücklich, daß es Frauen waren, was wollt ihr damit aussagen, wenn nicht das Bild von Frauen als hilflosen, inkopetenten auf Schutz und Leitung angewiesenen Wesen zu reproduzieren?
Im Folgenden erscheint es mir auch sehr gnädig von euch, Frauen zuzugestehen, einen eigenen Block bilden zu dürfen und natürlich ist es kleinlich und separatistisch von Ihnen, in Euch Helden in erster Linie Männer und nicht unerschrockene antifaschistische Kämpfer zu erblicken, die doch auch und gearade den Frauenblock vor den Faschisten schützen wollen.
Für mich bleibt da dann noch die Frage an die InterimInnen, warum dieser von dumpfem Sexismus triefende Text unkommentiert abgedruckt wurde.

Lesen macht dumm und gewalttätig!!
eine Frau aus gemischten Zusammenhängen

EINLADUNG ZUM EASTGERMANY VERNETZUNGSTREFFEN !

Hallo Leute !

Nachdem nun der erste Versuch ge[illegible]ert ist, in Magdeburg solch ein Treffen zu organisieren, kommt jetzt Versuch N[illegible] 2.

Am 23 und [illegible] in Erfurt !

Eingeladen [illegible] feministische, antirassistische [illegible] [illegible]ten Häuser und Mediengruppen, die [illegible] Städten und Regionen Leute kennenzulernen, um zusam[illegible]

Sinn und Zweck sollte [illegible] [illegible]den, sondern bereits Strukturen untereinander entstehen.

Das heißt, es sollten nicht [illegible] Lösen unserer Probleme

Also auch ein Austau[illegible] [illegible], ..., Aktionen [illegible] neue Faschisten usw.)

(Repression durch Bull[illegible]

Soweit unsere Ideen [illegible] warten auf Eure Meinung [illegible]

Schreibt bitte mögli[illegible] schnell zurück (ob und wieviel [illegible]such kommen, welche anderen Vorschläge ihr habt) . damit wir hier alles abchecken können !

Wir werden auf alle Fälle Pennplätze organisieren, ob die ausreichen, hängt davon ab wie schnell und wie genau die Antwort zurück kommt. Bitte kopiert und verteilt die Einladung an Euch bekannte Projekte weiter, da wir nicht alle Adressen haben. Versucht alle zu kommen, damit wir sie ärgern können !

Bis dahin viel Spaß und Power

die B. SetzerInnen aus Erfurt

P.s.: Bringt Schlafsäcke mit !

In unserem Schrei nach Freiheit wächst unser Kampf!

Berichte und Interviews zu den revolutionären Kämpfen in der Türkei und Nordwestkurdistan

Bestllungen an :
AK Internationalismus
Wolfstr. 20/HH
5300 Bonn 1
(6.- DM, für Wiederverkäufer 30%)

"Kritik macht uns nur stärker"

Sämtliche in der "Interim" erschienenen Texte von den RZ und zur Diskussion dazu sowie weitere Beiträge aus der "wildcat" und dem "ak" sind nun wieder in einer 72 Seiten dicken Broschüre erschienen. Kostet 5.-DM und Porto und ist gegen **Vorauskasse** (bar, Briefmarken) zu be**ziehen über:**

Buchladen "Schwarze Risse"
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

1 Exemplar kostet 5.-DM plus 1.20 DM Porto
2 - 4 Exemplare kosten je 5.-DM plus 2.-DM Porto
ab 5 Exemplaren je 3.50 DM/Ex. und bis 9 Ex. 3.-DM Porto,
bei mehr Ex. **0.-** DM Porto.

THE BEAT GOES ON

streitstreitstreitstreitGESPRÄCHstreitstreitstreitstreitGESPRÄCHstreitstreitstreitstreit

Unsere Absicht mit diesem Text war es, verschiedene Antifa-Strategien nebeneinander zu stellen und zu diskutieren. Dabei sollte kein Positionspapier entstehen, sondern wir wollten verschiedene Anregungen geben. Wir haben schnell gemerkt, daß unsere Standpunkte zu unterschiedlich sind, um einen einheitlichen Text abzugeben, statt dessen ist dieses überarbeitete Streitgespräch dabei herausgekommen. In der Praxis führen unsere verschiedenen Positionen dazu, daß wir zwar in der Regel gemeinsam handlungsfähig sind, aber mit unterschiedlich starken Bauchschmerzen über Sinn und Vermittelbarkeit der jeweiligen Aktion. Am - etwas willkürlichen - Schluß der Diskussion hatten wir den Eindruck, einige von diesen Problemen auf den Punkt gebracht zu haben.

Boris: Ich bin in den letzten Wochen vollkommen abgenervt von diesem Hinterhergerenne hinter irgendwelchen kleinen Faschos, abwechselnd in alle Vororte, von KW nach Bernau, Rangsdorf und Nauen. Manchmal kriegen wir auch den einen oder anderen 18jährigen, aber die meiste Zeit sitzen wir rum und warten.

Franz: Ich stimme dir zu, daß es wenig bringt, einmal am Wochenende in einen Vorort zu fahren und Faschos verprügeln zu wollen. Das beruhigt nur unser Gewissen und bringt den Leuten, den Antifas oder den Flüchtlingen in diesen Orten wenig, wenn wir uns danach wieder in unser ruhiges Berlin zurückziehen. Dort wäre stattdessen eine kontinuierliche Arbeit notwendig.

Korf: Ich kann mir vorstellen, z.B. nach Hohenschönhausen zu fahren und dort so etwas wie militante Antifaunterstützungsarbeit zu machen, wobei ich es wichtig finde, Situationen selber zu schaffen, also z.B. Faschos zu suchen und anzugreifen, und nicht irgendwelchen Veranstaltungen oder Faschoangriffen hinterherzurennen. Ich kann mir aber nicht vorstellen, in einem Stadtteil, in dem ich nicht wohne, wo es nicht die geringste ›Verankerung‹ gibt, eine inhaltliche kontinuierliche Antifaarbeit zu betreiben.

Sofie: Nicht dahin zu fahren, wo Flüchtlingsheime angegriffen werden, ist für mich unterlassene Hilfeleistung. Anstelledessen aber Faschos zu suchen und anzugreifen steht für mich in keinem Verhältnis von der notwendigen Gewaltanwendung zur Effektivität und der Vermittelbarkeit in diesem Stadtteil und überhaupt.

Boris: Erstmal ist es aber schon richtig zu versuchen, den Faschos in anderen Stadtteilen oder Vororten wenigstens ein paar Grenzen zu setzen.

Korf: Gerade beim Schutz von Flüchtlingsheimen oder besetzten Häusern außerhalb Berlins haben wir doch fast immer die Erfahrung gemacht, daß wir uns jedes Wochenende damit beschäftigen können, irgendwohin zu

SCHAUT NICHT WEG

›Gegen den alltäglichen Rassismus‹

fahren und zu warten. Im besseren Fall sind wir in einer schönen Umgebung mit netten Leuten zusammen und im schlechteren Fall haben wir einen ganzen Abend Stress mit Bullen und können nichts machen.

Franz: Ich finde es deshalb auch geschickter, an ganz normalen Tagen, wo nichts angesagt ist, in Orte mit einer hohen Faschozahl zu fahren und dort auf der Straße, in Kneipen, in Diskos usw. Präsenz zu zeigen. Dann haben wir die Möglichkeit, sowohl mit rechten Leuten zu reden, als auch, wenn es nicht anders möglich ist, die direkte Konfrontation zu suchen.

Boris: Dafür finde ich es aber notwendig, daß mit so einer Herangehensweise z. B. örtliche Antifagruppen oder Flüchtlinge unterstützt werden, daß sie in ihrem Selbstverteidigungsbemühen bestärkt werden. Im Zweifelsfall auch mit der Drohung vom "großen Bruder" aus Berlin.

Nena: Das klingt ziemlich arrogant. Als ob wir die tollen KämpferInnen wären. Solche Strategie hängt ja auch davon ab, was für örtliche Gruppen es gibt. Wir müssen gucken, ob und wo die örtlichen Gruppen eine gewisse Hilfe benötigen, sind es zuwenig Leute oder gibt es zu wenig Austausch. Oder kennen die Antifas die Faschos schon aus dem Sandkasten und können deshalb nichts aktiv unternehmen.

Franz: Ich glaube schon, daß die örtliche Antifa es ja auch durchaus entscheiden und beurteilen kann, ob es etwas bringt, die Faschos da anzugreifen oder nicht. Wir sollten uns auf deren Urteil verlassen, ob es z. B. nur Faschokids sind oder Funktionäre von Neonaziparteien.

Boris: Es gibt aber die Möglichkeit, daß wir die Einschätzungen aus diesem Ort für falsch halten, daß wir denken, sie nehmen auf ihre "Sandkastenbekanntschaften" zuviel Rücksicht.

Nena: Das heißt jetzt, daß wir dann eben gemeinsam mit ihnen Pläne entwickeln müssen, wie ihre und unsere Vorgehensweise in Zukunft sein kann. Unterordnen wollen wir uns ihren Plänen nicht unbedingt, wobei wir aber immer bedenken müssen, daß sie die ganze Zeit in diesem Ort wohnen.

Boris: Ich stelle fest, daß wir auch immer mehr abgestumpft werden. Nach Hoyerswerda oder vor ein paar Wochen nach Rostock sind noch verhältnismäßig viele von uns gefahren und haben sich bemüht, den Angriffen was entgegenzusetzen. Aber die folgenden rassistischen Angriffe haben wir nur noch in der Zeitung oder vorm Fernsehen wahrgenommen, obwohl sie immer häufiger werden und immer näher kommen.

Korf: Da äußert sich doch auch die schon festgestellte Sinnlosigkeit des Hinterherrennens hinter Faschos.

Boris: Ich behaupte nun einfach mal, daß es ganz viel Bequemlichkeit ist, sich mit irgendwelchen offentsichtlichen Faschos zu beschäftigen. Es wäre weitaus mehr Arbeit nötig, gesellschaftlich einflußreichere Träger des Rassismus und Nationalismus auszumachen.

Franz: Was heißt das konkret?

Boris: Niemand wird ja wohl bestreiten, daß es Rassismus auch außerhalb der militanten Faschos gibt. Ich denke da an die Medien, Konzerne, alle Parteien, Ämter, Bullen usw., die meiner Meinung nach weitaus wichtiger sind.

Nena: Du meinst, du würdest dein Hauptaugenmerk bzw. deine Aktionen lieber gegen "die da oben" richten?

Katja: Für viele Antifas stellt sich die Situation so dar, daß im Moment die praktischen Erfordernisse dringender sind, als die theoretische Analyse. Das wird noch dadurch verstärkt, daß die Analyse in Haarspaltereien ausartet und die Diskussionen sich so stark aufeinander beziehen (z.B. durch Verweise auf gelesene Artikel oder Fachbegriffe), so daß es schwer wird, sich nur an einem Ausschnitt der Diskussionen zu beteiligen.

Steffi: Ich sehe aber tendenziell die Gefahr, daß wir letztendlich eine Entwicklung hin zu einer Situation akzeptieren, wo wir in den Metropolen nicht mehr mit direkt sichtbarem Rassismus in Form von Pogromen wie in Rostock konfrontiert werden, aber sich z.B. auf staatlicher Ebene rassistische Strukturen ausbauen und modernisieren können. Das wäre letztendlich nichts als die Verteidigung eines Metropolenprivilegs. Das heißt für mich nicht, daß ich nicht auch kiezbezogen arbeiten kann, aber rassistische Strukturen nicht über den einzelnen Faschisten zu vernachlässigen, und z.B. bei der Beschäftigung mit der ZASt in Hohenschönhausen mich nicht darauf beschränken darf, auf die Gefahr von gewalttätigen Angriffe auf Flüchtlinge, auf die Schikane hinzuweisen, sondern auch die staatliche Flüchtlingspolitik, die Auftrennung in verwertbare EG-Menschen und andere, den Ausbau von nicht zu überwindenden Grenzen schon außerhalb Europas zu thematisieren. Sonst sitzen wir im netten friedlichen Berlin und lesen von Pogromen gegen Roma nur in Rumänien, wodran du dann auch nicht mehr Menschen mobilisieren kannst.

Korf: Ich würde dir Recht geben in einer multikulturellen Gesellschaft. Das ist aber nicht unsere Situation, in ein multikulturelles Konzept passen keine Pogrome. Du kannst mit Argumenten und Analysen rassistische Strukturen aufzeigen, aber nicht die DurchschnittsbürgerInnen oder irgendwelche Kids davon überzeugen, daß diese schlecht sind. Ich möchte dazu beitragen, daß in den Kiezen ein Klima entsteht, das diese Überzeugung selbstverständlich macht. D.h. für mich einfach sichtbar sein, Alternativen vorleben, Anregungen geben, Selbstverständlichkeiten durchbrechen.

Sofie: Es muß doch jetzt was anders geben, als daß Autonome Stadtteilpolitik machen, und Nachts Faschos jagen. das Günstigste was dabei rauskommt wär ein nettes Berlin. Und was ist mit Sachsen oder Unterfranken? Wir müßen Große Demos, Festivals organisieren, damit alle denen vorm Fernseher das Grauen den Rücken runterlief sich irgendwie artikulieren können.

Steffi: Du meinst Hauptsache Bewegung, scheiß auf die Inhalte?

Sofie: Was hast du gegen Bewegungen? Wir sind doch alle mal über sei's AKW- sei's Friedensbewegung zum Nachdenken gekommen. Und du kannst doch deine Inhalte, die ich für wichtig halte zu betonen, besser innerhalb einer Bewegung artikulieren.

"kulturelle Hegemonie auf der Straße" errungen hat. Wenn wir uns darauf beschränken, Faschisten auf der Straße anzugreifen, finden wir uns mit der Tatsache ab, daß die Linke den Anschluß an die politische Entwicklung seit '89 verpasst hat, indem wir darauf verzichten, auch durch unsere Arbeit linksradikale anti-imperialistische Ansätze in der breiten, z.T. bürgerlich dominierten Protestwelle gegen die rassistischen Pogrome zu betonen.

Franz: Ich glaube, wir reden knapp aneinander vorbei. Mit "Staatsbezogenheit" meine ich, daß wir uns auf die staatlichen Institutionen stürzen und dann glauben, wir hätten die "Macher" des Rassismus im Visier. Genau das halte ich für falsch. Rassismus, und vor allem der deutsche, ist ja nicht erst seit dem "Rechtsschwenk" der deutschen Politik oder seit den Pogromen von Hoyerswerda oder Rostock wesentlicher Bestandteil der deutschen politischen Kultur. Auch zu Hochzeiten der "Multi-Kulti- Diskussionen" glaubten gut 1/3 der deutschen Bevölkerung, daß an den Judenverfolgungen im Faschismus auch Juden/Jüdinnen schuld gewesen seien. Und solange das System 'nen Neuwagen und 'nen feisten Urlaub abwirft, können sich die durchschnittlichen deutschen RassistInnen auch den Luxus einer "Multi-Kulti-Diskussion erlauben. Ich will langfristig an solche Leute ran, sie mit ihren eigenen Rassismen konfrontieren, und das kann ich nur, indem ich mich in ihr Leben einmische, sie mit mir und meinem Leben und meinen Standpunkten konfrontiere.

Boris: Ich würde gerne jetzt noch über unsere Prognose für die nächsten Jahre reden, weil ich denke, daß wir ja auch gerade daraus unsere Angriffsziele und Schwerpunkte bestimmen. Ich sehe da grundsätzlich dreierlei Möglichkeiten. Das erste wäre, daß die Naziorganisationen in der BRD die Macht übernehmen, auf was für einem Weg auch immer. Die zweite ist, daß die Reps auf parlamentarischen Wegen an die Macht oder großen Einfluß gelangen. Und die dritte, die ich erst mal für am realistischsten halte, ist die, daß es eine wie auch immer geartete bürgerlich-reaktionäre Regierung gibt, die noch wesentlich weiter nach rechts geht als derzeit. In dieser Variante ist für mich die Frage, was für eine Bedeutung die militanten Faschos heute haben. Sind sie nun die Sturmtruppen, die die Veränderungen vorantreiben, oder sind sie den Herrschenden heute eher lästig, weil die den Rassismus lieber ordentlich-parlamentarisch in Gesetze gießen wollen. Wenn die militanten Faschos ihnen also lästig wären, kann das heißen, daß wir gegen die falschen Gegner vorgehen.

Steffi: Ich finde, du kannst hier nicht von "dem Interesse der Herrschenden" reden, da es nun mal verschiedene Fraktionen bei denen gibt. Die Alternative "Sturmtruppe oder lästig" gibt es so nicht, weil sie sich einfach nicht gegenseitig ausschließt. Abgesehen davon stimme ich deiner Einschätzung von Möglichkeit von Nummer drei zu.

Korf: Ich wundere mich, daß ihr die Möglichkeit, daß wir auf eine alternative Eierkuchenrepublik zusteuern, überhaupt nicht ins Auge fasst, obwohl doch Steffi vorhin gemeint hat, daß wir irgendwann in unserem friedlichen Berlin sitzen und die Widersprüche nur noch mit dem Fernglas zur Kenntnis nehmen. Wobei ich dazusagen möchte, daß ich mir diese Variante auch überhaupt nicht vorstellen kann. Eine bürgerlich-reaktionäre Regierung wird die Widersprüche innerhalb dieser Gesellschaft weiter verschärfen, und wir müssen wohl davon ausgehen, daß unsere Situation die nächste längere Zeit davon geprägt sein wird. Da finde ich es dann wesentlich spannender, was militante Faschos für uns bedeuten, als was sie für die Herrschenden bedeuten.

Franz: Aus unseren schlauen Prognosen über den weiteren Werdegang dieses Scheiß-Landes läßt sich ganz leicht rauslesen, daß wir weiße, deutsche und damit privilegierte Leute sind. Für die Flüchtlinge stellt sich die Situation doch ganz anders dar. Sie sehen, daß sie heute, ähnlich wie vor 54 Jahren, vom deutschen Mob durch die Gegend gejagt und erschlagen werden. Und da ist die Frage nach dem Charakter dieses Landes, ob es sich nun um eine reaktionäre Republik, um eine Eierkuchenrepublik oder um einen präfaschistischen Staat handelt, sekundär.

Hausdurchsuchung wegen Mainzer Straße

Zur Vorgeschichte: Am 23.11.90, neun Tage nach der Räumung der Mainzer Str., wird das Büro des damaligen Ost-OB Tino Schwierzina im Roten Rathaus, von mehr als 150 Leuten besetzt. Durch die Besetzung sollte Schwierzina zu einer öffentlichen Stellungnahme seiner zahlreichen Lügen und Verdrehungen gezwungen werden. Das Ergebnis der stundenlangen nervigen Verhandlungen war die Vereinbahrung eines Runden Tisches mit Schwierzina, dem damaligen Innenstadtrat Thomas Krüger, Presse und BesetzerInnen der Mainzer Str.,wo über die Rückgabe der geräumten Häuser geredet werden sollte. Doch zu dem zugesagtem Gespräch kam es nie. Unter dem Vorwand, bei der Besetzung seines Büros seien ihm 500,-DM, ein goldener Füllfederhalter und Unterlagen geklaut worden, sagte Schwierzina den Runden Tisch wieder ab.

Montag, den 21.9.92 durchsucht der Staatsschutz, mehrere Stunden lang eine WG in Kreuzberg 36. Einer der Bewohner soll als Zeuge Auskunft über den Teilnehmerkreis der damaligen Besetzung geben. Gleichzeitig wird bei ihm nach Adressen, Schriftstücken und dem "Diebesgut" gesucht. Im Durchsuchungsrausch werden natürlich auch noch die Zimmer einiger BewohnerInnen durchwühlt und diverse Unterlagen und Adressen mitgenommen. Während der ganzen Aktion benehmen sich die Bullen wie Bullen und Beschimpfungen und Beleidigungen begleiten die Durchsuchung. Der Zeuge wird daraufhin festgenommen, um ihn am nächsten Tag dem Staatsanwalt vorzuführen. Ihm werden Fotos der Besetzung (Pressemappe von ADN) vorgelegt, auf denen er Personen identifizieren soll, was er verweigert. Staatsanwalt Elmdust droht von vornherein mit Beugehaft, setzt dann aber ein Ordnungsgeld von 1000,-DM an. Die Strafe so hoch anzusetzen ist im Sinne Elmdust kein schlechter Schachzug. Denn bei der gerichtlichen Überprüpfung wird die Ordnungsstrafe vermutlich gesenkt, aber in ihrer Sache an sich bestätigt. Damit hätte das Gericht festgelegt, daß der Zeuge kein Aussageverweigerungsrecht hat, was konkret heißt, daß es zu erneuten Vorladungen kommt, Elmdust drohte damit, bei wiederholender Nichtaussage die maximale Dauer der Beugehaft (6 Monate) voll auszuschöpfen.

Warum die Staatsanwaltschaft am Kammergericht die Ermittlungen wg. "Diebstahl gegen Unbekannt" wieder aufgenommen hat, obwohl das Landgericht das Verfahren längst eingestellt hatte, begründete Justizsprecher Rautenberg lapidar mit der Bemerkung:"man läßt ungern einen Oberbürgermeister beklaun". Ob die Herrn so lange gewartet haben, bis sich der breite Widerstand und Protest gegen die Häuserräumungen ausgekühlt hat, um jetzt nach fast zwei Jahren wieder zuzuschlagen oder ob sie sich gezielt einzelne herauspicken, können wir im Augenblick noch nicht sagen. Falls aber welche ähnliche Vorladungen bekommen haben, meldet Euch beim EA (6922222). Wenn wir klarer sehen und sich neue Erkenntnisse auftun, hört Ihr von uns.

Bis denne
einige Ex-MainzerInnen

KULTUR & STRASSE

Der Verlust der ›Straße‹, um ein anderes Bild zu nehmen – ist eben nicht Folge der Fascho-Angriffe im Jahr 1991, – wir haben die ›Straße‹ lange davor Richtung Bürgersteig verlassen. Vielleicht läßt sich zu Recht sagen, daß diese Entwicklung bereits mit dem Ende der Häuserkämpfe 80/81 einsetzte, von einigen Highlights (wie WAA, Rekrutenvereidigungen, IWF etc.) eher verstellt, als aufgehalten. Und vielleicht ist es kein Zufall, daß in dieser Zeit viele Kämpfe – jenseits der eigenen Lebensverhältnisse – am Bauzaun, im Wald oder auf der Wiese geführt wurden. Zumindest wäre dann auch erklärbar, warum die Aufforderung, diese Kämpfe (wieder) in die Städte zu tragen, so wenig Erfolg und Auswirkung hatte.

Wir alle genossen noch schnell die Mythen Mitte der 80er Jahre, die letzten großen Zaun-, Mauer- und Straßenkämpfe -, natürlich selbstkritisch. Wir wußten um die Verkürzung militanter Kämpfe auf einen Kampf zwischen Autonomen und (Bullen-)Staat. Aber was zählte das, wenn wir deshalb mit unserem Einsatz an der WAA so lange hätten warten müssen, wie an der Startbahn ... Die WAA-Kämpfe mußten zur Kurzfassung der Startbahnkämpfe werden – die Region, die Leute vor Ort, wurden zu oft zur Kulisse unserer Kämpfe.

Wir führen – und da ist die WAA nur ein Beispiel – seit Jahren unsere Kämpfe meist abseits unseres eigenen Lebensalltags. Er ist längst mehr *Rückzugspunkt*, als *Ausgangspunkt* unserer Kämpfe geworden. Auf Arbeits-, Lohn- und Lebensverhältnisse gibt es seit Jahren keine offensiven Antworten mehr. Eher das Gegenteil: Die individuelle Bewältigung unserer Alltagsbedingungen ist Voraussetzung für autonome Politik geworden und nicht mehr ein wesentlicher Bestandteil davon. Anders gesagt: Auf soziale, gesellschaftliche Verhältnisse haben auch wir überwiegend nur individuelle Antworten, die jede/r für sich alleine finden muß, meist um den Preis eines Doppellebens. Solange wir unsere Antworten auf diese kapitalistische und imperialistische Normalität im Kopf behalten und von einem Papier ins nächste (ein-)wickeln, solange unsere »richtigen« Inhalte und Utopien nicht auf der ›Straße‹ spür- und erlebbar werden, wird unser Anti-Faschismus, unser Anti-Rassismus militärisch (im Sinne von »Gegenterror«) oder ideologisch (im Sinne einer »besseren« Ideologie) bleiben.

Die radikal-GenossInneh würden uns abermals und nun schon ein wenig ungeduldiger ihr »alles ganz schön und gut« entgegenhalten, um erneut auf's jetzt Dringliche zu verweisen: *»Wenn rechte Schläger, Skins, Hools, Neonazis die Bedingungen auf der Straße verändern, dann nützt es nichts, wenn wir die richtigen, »wichtigen« Inhalte im Kopf haben.«* [5]

Richtig, GenossInnen, auch wir halten den Kopf als Schließfach für unsere »richtigen Inhalte« für ein verdammt schwachsinniges Versteck! Und 2. gehen wir einmal davon aus – was gerade falsch ist – die Faschos hätten uns von der Straße verdrängt und wir müßten sie zurückerobern. Was würden wir eigentlich machen, wenn die ›Straße‹ wieder in unserer Hand wäre?

Bleiben wir noch eine Weile auf der ›Straße‹ und holen – ein weiteres Mal – kurz und kraftvoll aus. Die radikal-GenossInnen beschreiben nicht nur einen Zweikampf auf der Straße (zwischen Autonomen und Faschos), der so gar nicht stattfindet. In dem RADIKALen Straßenbild fehlt zugleich ein Feind, der uns seit Jahren viel mehr zusetzt, als irgendwelche Faschos; ein Feind, der »Bedingungen der Straße« schon lange zu seinen Gunsten gewendet hat, lange vor Hoyerswerda. Dieser Feind ist ›körperlos‹, ›gesichtslos‹, alles andere als laut und überfallartig, häßlich oder haßerfüllt. Ein Feind, der so normal, so alltäglich geworden ist, daß er uns kaum noch auffällt. Der Feind ist die ›Straße‹ selbst – ihre Verwandlung vom »rechtsfreien Raum« in Herrschaftsraum. Dieser langsame Prozeß der Umschmelzung, der Versiegelung des ›öffentlichen Raumes‹ bekam Anfang der 80er Jahre einen progressiven Namen. Unter Städte- und Sozialplanern machte von nun an das Wort von der *Urbanisierung* die Runde.

Von heute aus betrachtet, mit Blick (einschließlich wehmütiger, nostalgischer Verzerrungen) auf die 70er Jahre, gehörte uns die Straße ... Das Leben der arbeitsamen Nachkriegsdeutschen spielte sich, bis in die 70er Jahre hinein, vorwiegend in den eigenen vier Wänden ab. Das private Glück war häuslich, versteckt, verschämt, unbeobachtet. Aus dieser Zeit stamm(t)en auch die Wohn-Schlaf-Trabanten-Hochhaussilos. Dementsprechend tot waren die Städte, nach Geschäfts- und Arbeitsschluß. Die Straße, wo mann/frau sich abends zeigte und traf, wo sich das Leben für viele abspielte, das lärmige und undurchsichtige Leben auf Plätzen, war bestenfalls ein Urlaubserlebnis in Italien oder Spanien.

Die Entdeckung der ›Straße‹ als öffentlicher, gesellschaftlicher Ort, war eine oppositionelle Entdeckung – gegen die institutionalisierte Öffentlichkeit der Parlamente, gegen die mediale Produktion von Öffentlichkeit durch Fernsehen und Zeitschriften, gegen die Enge und Verlogenheit des Privaten gerichtet. Zwischen die Produktion von Herrschaft und der Reproduktion des/im Privaten drängte sich die ›Macht der Straße‹ – auf der Suche nach »Erregung öffentlichen Ärgernisses«, nach Konfrontation mit der reglosen Masse und dem – oft noch – unbeweglichen staatlichen Gewaltapparat, auf der Suche nach Gesellschaftlichkeit, nach erlebbarer Utopie (»Wir wollen alles«). Uns gehörte die Straße, uns gehörte die Nacht ...

Die ›Macht der Straße‹ löste nicht nur Faszination, Neugierde und Verunsicherung aus – sondern auch Repression. Die Militarisierung des ›öffentlichen Lebens‹ war eine Folge davon. Die Ungreifbarkeit und Undurchschaubarkeit der Bewegung, der Straße, bekam in der Aufstellung von Mobilen Einsatzkommandos (MEKs) und zivilen Greiftrupps ihre militarisierte Polizei-Version. Aber die Aufrüstung der Polizei und deren polizei-taktische Anpassungen waren eben nur *eine* Antwort auf den Mob, Terror oder schlicht Abschaum der Straße.

Die politische Antwort beinhaltete das Eingeständnis, daß die Straße ein sozialer Ort ist, von dem ausgehend etwa Eigenmächtiges und Eigenwilliges entstehen kann, das langfristig mit Repression allein nicht unter Kontrolle zu bringen ist. Das war auch das Ende der Straße als ›rechtsfreier Raum‹ – die Stunde der Städte- und Sozialplaner, der

Monetarisierung von öffentlichen Lebensräumen. Mit der städteplanerischen Erfassung, Durchdringung und Gestaltung des öffentlichen Raumes ging seine Kapitalisierung einher, seine Regulierung durch die stumme Gewalt des Geldes. Unsere Parole vom »Arbeiten und Leben, Lieben und Kämpfen« wurde in verstümmelter Form yuppisierte Wirklichkeit. Stadtleben sollte nicht länger eine Frage des Kampfes, sondern des Geldes werden. Stadtplanung bestimmte den Wert des öffentlichen Raumes, das Kapital machte sich an die Verwertung.

Autofreie, mit Naturimitaten und genau getimten ›Erholzonen‹ versehene Einkaufsstraßen entstanden fast in jedem Stadtviertel. Damit sollte, so die Stadtplaner, der Wohnwert und die Attraktivität der einzelnen Stadtviertel gesteigert werden. Ganz sicher erhöhten sich jedenfalls die Mieten für Wohn- und Gewerberaum. Aber es ging nicht nur um die Dezentralisierung von Geld- und Konsumentenströmen. Den Städte- und Sozialplanern ging es gleichermaßen um die herrschaftsförmige Gestaltung des öffentlichen Raumes, um die Macht über den sozialen Raum. Es ging darum, den Nutzen, seine Benutzung festzulegen, zu diktieren, die Möglichkeiten seines »Mißbrauches« sichtbar einzugrenzen. Wenn mann/frau sich die Gestaltung öffentlicher Plätze anschaut, kann mann/frau bei genauem Hinsehen das *schikanöse* – gegen jede Zweckentfremdung, gegen jede ungewollte (Be-)Nutzung – entdecken. Ihre ganze A-Sozialität kommt in ihrer *Sozial-Montage* zum Ausdruck. Ein Blick auf die mit den Rücken aneinander montierten Sitzgruppen an fast allen öffentlichen Plätzen genügt. Sie täuschen Zusammenkommen vor und dokumentieren doch nur die gewollte Unmöglichkeit. Jeder Versuch, sich darüber ›hinwegzusetzen‹, wird automatisch zum »ungehörigen« Benehmen, zum »unschönen« Anblick.

Und natürlich darf seit ein paar Jahren das Straßencafé, die importierte Bistro-Kultur, nicht fehlen. Machen sie doch das Straßenbild freundlicher, bunter, vielfältiger, einladend eben.

Und wer tags hart arbeitet und dabei auch wirklich verdient, der soll auch nachts gut leben können. Vorbei ist das prüde, puritanische und lustfeindliche Nachtleben der Städte vergangener Jahre. Wer wirklich Geld hat, zeigt es, macht an und durch. Nicht mehr uns gehört die Nacht, sondern den Nachtkonzessionären von Nightclubs, Discos, Kneipen und Varietés und ihren potenten KundInnen selbstverständlich. Und wenn sich der Sommer ankündigt, dann kommt auch wieder die Zeit der vielen kostenlosen Kultur-Speisungen (»Lieder im Park«) und der vielen, bunten Straßenfeste – für die Stadtmenschen mit kleinem Portemonnaie.

Die Geschäftigkeit vieler Straßenfeste heute läßt vergessen, daß sie Anfang der 80er Jahre Ausdruck des Widerstandes, der Kultur von unten waren. Davon übriggeblieben ist jedenfalls die Freß-Kultur, ein kulinarisches Ereignis, zunehmend organisiert von »Interessengemeinschaften« ansässiger Geschäftsinhaber. Ein Selbstdarstellungsprojekt kleiner und mittlerer Selbständiger. Offensives, kundenfreundliches product-placement.

Und wir? Wir haben uns längst angewidert und ohnmächtig zurückgezogen. Unsere ›Zentren‹ befinden sich heute im Keller (wie in Frankfurt und Offenbach z.B.), vom Erdboden verschluckt, oder an den Rand der Stadt gedrängt, in abriß- und sanierungsreif gemachten Häusern. Aus dem Straßenbild der meisten (Groß-)Städte sind wir längst verschwunden – von wenigen ›störenden‹ Ausnahmen abgesehen (wie Hafenstraße z.B.).

Corbulonasus longicauda

TEXTE ZU KUNST UND KULTURFÄHIGKEIT

Kurze, griffige Erläuterung kapitalistischer Kulturstrategien und unsere Mittel dagegen

Bezug nur gegen Vorkasse

1 Exemplar DM 2,50 + 1,00 Porto/Verpack.
ab 10 Stück DM 2,00 + 2,00 Porto/Verpack.
ab 70 Stück DM 1,00 + 5,00 Porto/Verpack.

Bestellung: Äußerer Umschlag
Buchladen Rote Strasse
Rote Strasse10, 3400 Göttingen.

Innerer Umschlag:
AG Kultur und Geschichte.

Wenn wir in der ›Straße‹ kaum noch vorkommen, wenn das Bild vieler Straßen nur noch deutlich macht, daß wir da nicht (mehr) reinpassen, wenn wir uns alles andere als »wie ein Fisch im Wasser« bewegen, dann wissen wir mit Sicherheit eines: »Rechte Schläger, Skins, Hools, Neonazis« sind allesamt nicht die Ursache für die in der Tat veränderten Bedingungen auf der Straße. Sie profitieren allenfalls davon.

(November 1991)

aus: l.u.p.u.s.-gruppe: Geschichte, Rassismus und das Boot. Edition ID-Archiv

NEUES AUS DER BERLINER WAGENSPORTLIGA IM SUPERSCHWERGEWICHT

Sicher ist es Euch auch schon aufgefallen:
-Wir sollen weg aus "unseren" innenstadtnahen Wohnvierteln, Platz machen für Yuppies, Bonzen unbd Politiker.
-Unsere Mieten steigen ins unermeßliche, viele von uns müssen einen Großteil des zur Verfügung stehenden Geldes monatlich dafür berappen oder noch mehr malochen gehen.
-Immer mehr Yuppiewohnungen werden in unsere Viertel gebaut, z.B. Dachgeschoßwohnungen, Preisklasse ab 2000 DM aufwärts.
-Immer mehr Geschäfte für unseren täglichen Bedarf geben aufgrund von Wuchermieten auf.
-Kneipen, Treffs, soziale Einrichtungen (z.B. Kinderläden) für uns sind zur Aufgabe gezwungen.
-Das Leben soll für uns unerschwinglich werden. Leute mit scheinbar gesicherten Wohnverhältnisse (Hausprojekte) werden mithilfe juristischer Tricks verjagt.
-Die dafür entstehende Delikatessen-, Boutiquen-, Edelkneipen-, Software- und Architekten-szenerie soll das soziale Umfeld für die nach uns kommenden, reicheren Leute gestalten:
-Und plötzlich sind SIE tatsächlich da: Immer mehr Yuppiekacknasen tauchen in "unseren" Vierteln auf. Ihr Aushängeschild sind oftmals ihre Luxuskarossen, die auch abends im Kiez zu sehen sind.
Da das nicht widerspruchslos von allen hingenommen wird, wurde die BERLINER WAGENSPORTLIGA IM SUPERSCHWERGEWICHT gegründet.

Wegen der großen Nachfrage, und weil die Saison 1991/92 nur ein Auftakt gewesen sein sollte, gibt das Schiedsgericht die Regeln für interessierte Volkssportclubs öffentlich bekannt.
-Zielobjekt sind Luxuskarossen der Superschwergewichtsklasse, zu denen die neue S-Klasse von Mercedes Benz, die 7er BMW-Serie, neue Porsche, Jaguar, Rolls-Royce u.Ä gehören, in Zahlen: 70.000-100.000DM sollten sie schon mindestens kosten. Dadurch ist die Teinahme von Untergewichtlern an der Liga ausgeschloßen.
-Wichtige Hinweise geben 1. die Kennzeichen: B=Berliner Bonze, alle anderen Kennzeichen=auswärtiger Bonze, 2.ist es sicher vorteilhaft den/die Besitzerin gesehen zu haben. Meist werdet Ihr dann feststellen, daß Ihr nicht nur das Auto sondern auch den/die Besitzer/in nicht mögt.
-Ort und Zeitpunkt des Spiels haben einen nicht unbeträchtlichen Einfluß auf den weiteren Spielverlauf. Zumeist erweist sich der Abend als günstigste Spielzeit, Euer Kiez als das beste Spielfeld. Nirgends kennt Ihr die Hinterhöfe, die Schleich- und Fluchtwege, die Zivikutschen so gut wie in Eurem Viertel, d.h. nutzt den Heimvorteil, damit es keine rote Karte gibt.
-als Spielgeräte braucht jeder Volxsportclub mindestens: einen Hammer, ein mit Benzinölmischung gefüllten Kanister, ein Stück Papier/Lappen und ein funktionsfähiges Feuerzeug.
-Ist Spielort, Zeitpunkt und Objekt bekannt, kann das Spiel beginnen. Die "Eröffnungsphase" wird in der Standardversion durch Schlagen mit dem Hammer auf die Scheiben eingeleitet, dabei zeigt sich die oft ausgeprägt schlechte Herstellerqualität des Glases sowie die erstaunliche Tatsache, daß diese Tätigkeit kaum Lärm verursacht. Wichtig ist dabei das Einschlagen von möglichst vielen Scheiben, damit der gute Luftzug eine fulminante Endphase des Spiels ermöglicht. In der "Einleitungsphase" wird das BenzinÖlgemisch zum Teil aus dem Kanister durch ein eröffnetes Seitenfenster auf einen Sitz gekippt.(Es sollte sich um eine relativ dünne Mischung von 1/5 bis 1/10 handeln, da das die Spielzeit verkürzt und den Spielverderbern der Feuerwehr ein zu frühzeitiges Eintreffen verunmöglicht).Ein Schluck auf den Lappen, dann wird der Rest vom Kanister

in den Wagen geworfen. Die Endphase des Spiels beginnt. Mit dem Feuerzeug wird der Lappen entzündet und in den Wagen geworfen. Sobald Ihr den beginnenden Spielerfolg seht, entfernt Ihr Euch zügig und unauffällig vom Spielfeld. Die Spielzeit beträgt nur etwa eine halbe Minute, Verlängerungen sind nur in Ausnahmefällen zulässig.
-Teilnahmebedingungen: Teilnehmen kann jedeR mit Freude am Volxsport, Vereinsausweise, Personalausweise u.Ä. sind geradezu unerwünscht. Auch "Spontanassoziationen" sind zugelassen. Gefragt ist Mut, Teamgeist aber auch Entschloßenheit zum vorzeitigen Abbruch des Spiels beim vorzeitigen Eintreffen gegnerischer Uniform- und Zivilhools.
-Wertung: Gewonnen hat am Ende der Saison derjenige Volxsportclub mit dem höchsten Produkt aus der Summe an Spielen mal Listenpreisen der Wagen.
-Als Belohnung bekommt der Siegerclub einen Neuwagen seiner Wahl beim nächstjährigen Festival "Feuer und Schrott" für ein öffentliches Spiel zur Verfügung gestellt.
Nicht vergessen:
Im Verein ist Sport am schönsten! Das Schiedsgericht der BERLINER WAGENSPORTLIGA IM SUPERSCHWERGEWICHT

Und hier noch mal zur Erinnerung die Tabelle der letzten Saison (unvollständig):

++	Sieg	remis	verloren	Preisklasse
Bonzen FC-Investor	1	0	0	180.000 DM
VC Dynamo Kreuzberg	1	0	0	160.000 DM
Gib Bonzen keine Chance	1	0	0	110.000 DM
Fc Porsche (Spätzünder)	0	1	0	100.000 DM
N.N.(Tiergarten)	1	0	0	???
N.N.(Lichterfelde)	1	0	0	???

Hier erste Ergebnisse der neuen Saison:

Rote BMW-Fraktion (Amateure)	1	0	1	60.000 DM
Die 3 von der Tankstelle	1	0+	0	>100.000 DM

(als Aufsteiger der Oberliga Ost direkt zum Tabellenführer!!)!

WUMM!
WUMM!

wien, den GUS-Republiken, Afghanistan oder Somalia lieber nicht, oder wenigstens nicht sehen müssen, oder zumindest weit weg wissen, aber nicht in „unserem Europa“, nur „eine Flugstunde von uns entfernt“, wie das dümmste Argument, besondere Betroffenheit auszudrücken, lautet.

Doch wächst bei den linken Realpolitikern die Einsicht, daß der jugoslawische Krieg nicht gemäß den Wünschen der Herrschenden friedlich zu beenden ist. Also wird erneut ein bewährtes Muster aus dem Golfkrieg bemüht: wir lesen und sehen in Besinnungslosigkeit gegenüber der deutschen Geschichte von Auschwitz, Vernichtungslagern, Endlösung etc. und immer ist Serbien gemeint, und nicht etwa die Geschichte deutscher Ausrottungs- und Vernichtungspolitik zum Zwecke der Welteroberung durch die germanische Rasse. Wir erfahren, daß nach Saddam Hussein mit Slobodan Milosevic erneut ein „Wiedergänger Hitlers“ dessen Taten fortsetzt. Und was haben wir im Golfkrieg gelernt: gegen die Hitlers der Welt hilft nur Gewalt. Schon der UNO-Krieg der USA, mit dem der Irak zur Beachtung der alten Weltordnung bombardiert wurde, war nicht wenigen den Vergleich mit der alliierten Anti-Hitler-Koalition wert. In Jugoslawien probiert derzeit die BRD, die „neue Weltordnung“, das bekommen die Serben zu spüren, deren politische Führer noch vor wenigen Jahren gehofft hatten, selber einen Platz unter dem Dach der EG zu erhalten. Damit der Friedensbewegte sich an dieser Ordnung zur Neuaufteilung der Einflußsphären beteiligen kann, braucht er eine in linker Tradition stehende Legitimation. Bei den Grünen Lippelt und Roth liest sich diese so: „Sogenannte ethnische Bereinigungen, Internierungslager und archaische Gewalt sind klare Bestandteile des Faschismus. Und Faschismus muß widerstanden und bekämpft werden. Unter klaren Voraussetzungen notfalls auch mit Gewalt.“ Das „Nie wieder Faschismus!“ klingt links so vertraut.

Die Klage über die „archaische Gewalt“ und das „Ende der Humanität“ hält die Gewalt als etwas dem hiesigen Gesellschaftstyp fremdes. Vergessen offenkundig die weniger archaische, moderne Gewalt großflächiger Napalmbombardierungen und chemischer Entlaubungsaktionen der USA in Vietnam, unter deren Folgen die Menschen noch heute leiden. Vergessen die Ideen einer blitzsauberen Kriegführung mit der Neutronenbombe und die computergesteuerte Bombardierung Bagdads. Immer ausgeführt im Namen der Zivilisation. Niemand kam während des Vietnamkrieges auf die Idee, das „Ende der Humanität“ vorherzusagen, niemand wollte deswegen die USA zur Vernunft bombardieren. Pech für die USA, daß sie diesen Krieg nicht gewann. Sonst stünde er auf der heldenhaften Skala der Durchsetzung des zivilen Fortschritts gegen die Barbarei, unzähliger kolonialer Eroberungskriegen, ganz obenan.

Daß Saddam Hussein Hitler sei, wurde vor 18 Monaten noch mit dessen Überfall auf Kuwait und der Bedrohung Israels begründet. Daß „die Serben“ allerdings Welteroberungspolitik machen wollen, kann zwar niemand behaupten, ist aber auch nicht mehr nötig, weil Dummheit, Besinnungslosigkeit und Chauvinismus mittlerweile so weit gediehen sind, daß aus der deutschen Vernichtungsgeschichte stammende Begriffe wie „Faschismus“, „Nationalsozialismus“, „Vernichtungslager“ etc. hinreichen, um Ungleiches gleichzusetzen. Innere und äußere Ursachen des jugoslawischen Krieges spielen bei dieser Betrachtungsweise nur eine nebengeordnete Rolle. Die Kritik deutscher Politik reduziert sich auf die Frage, ob Militäreinsätze mit deutschen Soldaten geführt werden sollen und wenn ja, ob mit oder ohne Grundgesetzänderung. Besonders Geschichtsbewußten fällt zudem noch ein, daß „wir“ auf dem Balkan wegen des Wütens im Zweiten Weltkrieg nicht bei allen willkommen sind.

II. Was war Jugoslawien?

Das Jugoslawien nach 1945 war ein zunächst föderativer Staat von sechs Republiken, mehrheitlich von Serben und großen Gruppen von Kroaten, Slowenen, bosnischen Muslimen, Mazedoniern, Albanern, Ungarn sowie zahlreichen kleineren Minderheitsgruppen in sechs Republiken und zwei autonomen Gebieten (Kosovo, Vojvodina) bewohnt. In den heutigen Debatten ist es beliebt, die Herkunftsdefinitionen ethnisch und völkisch zu benutzen, um die faktische Unmöglichkeit des Zusammenlebens in einem Staat zu beweisen (Stichwort: „Völkergefängnis“ Jugoslawien). Dabei verweisen solche Bezeichnungen auf unterschiedliche machtpolitische Phasen der geschichtlichen Entwicklung, in denen unterschiedliche imperiale Reiche sich an der Grenze zwischen Europa, Asien und dem muslimischen Nahen Osten, auf dem Gebiet des Balkan, um Einflußbereiche geprügelt haben. So wie im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert der Nationalismus die einigende Ideologie ist, mit der Staat, Nation und Volk begründet werden, um machtpolitisch das Terrain abzustecken, so war es in der Vergangenheit stärker die Religion (deren Einfluß auch heute noch beträchtlich ist), die das Schwert gegen das jeweils zu besiegende Volk führte. Entsprechend treffen auf dem Balkan christliche Orthodoxie und katholisches Christentum sowie der Islam aufeinander.

Im Prozeß des Zerfalls der Nachkriegsordnung erleben wir die „Auferstehung“ des Konkurrenzkampfes der Nachfolger der alten Reiche, die alle ihre Ansprüche wiederentdecken. Der europäische Chauvinismus sowie die Kreuzritter des Papstes, die Nachfolger des Habsburger Reichs, sehen Slowenien und Kroatien als ihre Bastion an. Die Türkei (im Umgang mit den Kurden „menschenrechtserprobt“) als Nachfolgerin des osmanischen Reichs fühlt sich sich als Schutzmacht der bosnischen Muslime berufen und muß sich dabei der Konkurrenz der iranischen islamischen Fundamentalisten erwehren. Die Albaner im jugoslawischen „Armenhaus“ Kosovo träumen von einer Vereinigung mit dem benachbarten Albanien, das wirtschaftlich völlig zerfallen ist, zu Großalbanien, obwohl niemand ernsthaft hoffen kann, davon sattzuwerden. Allein den serbischen Südslawen mangelt es an einer „Schutzmacht“, da die

Antideutsche Demonstration in Belgrad 1991

Nachfolger des orthodoxen russischen Zarenreichs in der GUS noch nicht soweit formiert sind, daß sie ihrerseits Ansprüche anmelden können. So findet Serbien einen unfreiwilligen Verbündeten allein im orthodoxen Griechenland, das sich auf einmal zwischen Westeuropa und der Türkei eingekeilt sieht. Um in diesem Bild der Erscheinung der Widersprüche zu bleiben: während es hierzulande heißt, Serbien gegen den Rest der Welt, ist die reale Situation eher umgekehrt, Serbien hat so gut wie keine Verbündete.

Das Jugoslawien Titos, das nachfaschistische Jugoslawien, hatte als Bindeglied der verschiedenen Machtgruppen, ihres Nationalismus und der Religion, den Kommunismus als übergreifende Ideologie gesetzt. Die jugoslawischen Kommunisten versuchte die „nationale Frage" föderativ zu lösen. Unter der Oberfläche existierten die alten Widersprüche und Ansprüche weiter, aber sie waren zurückgedrängt. Andererseits hat das Nachgeben gegenüber Dezentralisierungstendenzen nach Nationalitäten-Gesichtspunkten auch die Voraussetzungen für das Auseinanderfallen in der wirtschaftlichen Krise des Landes verstärkt. „Die enge Bindung an die eigene Nation ist vielmehr logische Konsequenz einer Nationalitäten- und Föderalisierungspolitik, die in den letzten 15 Jahren nationale Eigenständigkeit und Republik-Kompetenzen gestärkt hat." (Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte Band 6, 1987) So lange — bis Ende der siebziger Jahre — Jugoslawiens Wirtschaft die Steigerung des Wohlstands sichern konnte, gelang es auch, die Nationalitäten-Konflikte zu reduzieren. Zum jugoslawischen Wohlstand trug die Position der Blockfreiheit bei, mittels derer Tito den Ost-West-Widerspruch für sein Land nutzte. Von den Führungsmächten beider Blöcke, den USA und der EG auf der einen, der Sowjetunion auf der anderen Seite, umworben, gelang es bis in die siebziger Jahre, machtpolitisch und ökonomisch hiervon zu profitieren. Es war sowohl an den Ostmarkt des RGW assoziiert und hatte Zugang zu dessen Ressourcen, als auch im Westen kreditwürdig, ohne daß es deswegen eigenständig wurde, sondern im Gegenteil extrem abhängig. In der Wirtschaftskrise der achtziger Jahre suchte das Land Hilfe beim IWF, der seine Kredite nicht nur mit der Auflage nach mehr Marktwirtschaft verband, sondern auch nach Stärkung der wirtschaftlichen Kompetenzen des Zentralstaates zu Lasten der Republiken. Da die IWF-Hilfe das Land zwar in eine hohe Verschuldung trieb, die Wirtschaftskrise aber nicht behoben werden konnte, wurde in den einzelnen Republiken die Zentrale, Belgrad, zum Sündenbock. Der Zentralisierungskurs des IWF beschleunigte die autonomen Tendenzen aus der Phase der Dezentralisierung.

Drei Bedingungen haben zum Zerfall des Einheitsstaates geführt:
1. Die „Blockfreiheit" war mit dem Scheitern des Versuchs, unter den blockfreien Staaten eine eigene Wirtschaft aufzubauen, kein Machtfaktor mehr. Die „Blockfreien" suchten zunehmend eine wirtschaftliche Anlehnung an, und damit Abhängigkeit von den Blöcken. Nationale Befreiung wurde auch bei besten Vorsätzen der Befreiungsbewegungen nur zu einem Synonym für den Versuch innerer Modernisierung und Wettlauf zur Teilhabe am Weltmarkt. Verschuldung war die Folge.
2. Mit dem Scheitern der Sowjetunion und des realsozialistischen Lagers, einen eigenen nichtkapitalistischen Weg zu gehen, gerieten all jene, die sich an den RGW angebunden hatten, in die Krise und konnten nur noch beim Westen um Hilfe betteln.
3. Jugoslawien verlor dabei beides: seine Teilhabe am östlichen Markt und seine Kreditwürdigkeit im Westen, da es als Machtfaktor zwischen den Blöcken keine Funktion mehr hatte.

III. Nationalismus und Staatengründung

Im Inneren Jugoslawiens fand die Zerfallskrise des Einheitsstaats ihre Widerspiegelung in den Diskussionen seit Mitte der achtziger Jahre. Serbische Nationalisten waren die ersten, die alternativ zum Machtzerfall des Bundesstaates ihren Einfluß durch Zugriff auf alle von Serben bewohnten Gebiete aufhalten wollten Großserbien). Sie „entdeckten" die serbische „Identität" in der Schlacht auf dem Amselfeld vor 600 Jahren (das im Kosovo liegt und heute mehrheitlich von Albanern bewohnt wird), als trotz „heldenhaften" Kampfes die Serben den Türken unterlagen. Nicht wenige serbische Nationalisten hofften anfangs, damit Anerkennung als „Bollwerk gegen den Islam" in Westeuropa zu finden. Um diesen Machtanspruch zu sichern, wurde 1988 unter Bruch der jugoslawischen Verfassung von 1974 die Autonomie der ungarischen Minderheit in der Provinz Vojvodina und der Albaner im Kosovo aufgehoben.
Als Reaktion darauf begannen die Nationalisten in Slowenien und Kroatien, deren „Staatsvölker" nicht zu den benachteiligten Minderheiten in Jugoslawien gehörten, eigene Machtansprüche anzumelden. Slowenische und kroatische Nationalisten „entdeckten", daß die Serben „Balkanslawen" und damit Barbaren sind, während sie selber katholisch, europäisch und damit zivilisiert sind und allein der „Jugo-Kommunismus" sie an dieser europäischen Bestimmung gehindert habe. Und mit Verspätung beginnen Muslime in Bosnien ihre panislamische Identität zu entdecken. Der Nationalismus wurde in allen jugoslawischen Republiken im Prozeß des Zerfalls der bisherigen gemeinsamen Ökonomie zum wichtigsten Mobilisierungsmittel, bedrohte politische und soziale Herrschaft aufrechtzuerhalten und zu legitimieren. Zwischen den Republiken wurden die Claims abgesteckt, es sollte so viel Territorium wie möglich dem zukünftigen eigenen Staat zugeschlagen werden, entsprechend wurden großserbische, großkroatische und sonstige Großlösungen mit den Mythen der Geschichte zu „natürlichen" Ansprüchen verwoben.

Slowenien, das hierzulande deswegen als besonders beispielhaft und den Völkischen als „homogen" gilt, weil es keine üblichen Minderheitenprobleme habe, beanspruchte seine starke wirtschaftliche Stellung in Jugoslawien künftig nur für die eigene Republik. Das Land, in dem ca. 8 Prozent der Bevölkerung ca. 30 Prozent des Bruttosozialprodukts erwirtschaften konnten (weil es vermittelt über den Zentralstaat Zugang zu allen Ressourcen hatte), wo der Nettoverdienst mehr als doppelt so hoch wie im Kosovo lag, in dem die Albaner die Funktion von diskriminierten, schlechtverdienenden „Gastarbeitern" hatten, verweigerte dem jugoslawischen Bundesfonds den bisherigen Anteil der Deviseneinnahmen für den Finanzausgleich zwischen den Republiken. Slowenien wollte die „Armenhäuser" im Süden (Mazedonien, Kosovo) nicht mehr mitfinanzieren.

Großkroatien beanspruchte mindestens den bosnischen Teil der Republik Bosnien-Herzegowina (Tudjman sprach im Juni 1990 von der „Wiederherstellung der natürlichen und historischen Grenzen Kroatiens". „Man muß kein Historiker sein, um zu erkennen, daß Bosnien mit Kroatien eine geopolitische Einheit bildet"). Die kroatischen Nationalisten entdeckten ihre „Benachteiligung" in den staatlichen Führungspositionen und jagten massenhaft die Serben aus ihren Arbeitsplätzen. Man kann diesen Prozeß auch anders bezeichnen: in den einzelnen Republiken drängten die neuen Eliten zur Macht, Ex-Parteihäuptlinge, Fabrikmanager, Clanchefs, die sich alles unter den Republiknagel zu reißen versuchten, was bisher als Bundesbesitz galt.

Von außen wurde diese Entwicklung durch politische Maßnahmen begleitet, die eine Sezession erleichtern sollten. Die führenden EG-Staaten, vorangetrieben von der BRD, hatten in der Pariser KSZE-Charta vom November 1990 ihre Bedingungen für die Aufnahme neuer Staaten aus der realsozialistischen Konkursmasse in die westliche Wertegemeinschaft formuliert: Marktwirtschaft und parlamentarische Demokratie. Prompt verwandelten sich die nationalistischen und exkommunistischen Machteliten Sloweniens und Kroatiens in ebensol-

che Demokraten, wurden in allen Republiken nahezu durchweg nationalistische und faschistische Parteien gegründet (von den 160 seit 1990 entstandenen neuen Parteien in Jugoslawien werden über 90% so eingeordnet), gewannen die Nationalisten ihre Wahlkämpfe und erhielten aus dem Westen das Signal: ihr seid willkommen. Da die westlichen Hüter der Demokratie auf Regeln Wert legen, mußten noch die Minderheitenrechte garantiert werden. Das fiel insbesondere den Nationalisten und Faschisten in Kroatien schwer. Deshalb wurde ihre Verfassung von geübten Völkerrechtlern in Bonn geschrieben.

Der Krieg in Slowenien begann, als die Republik sich im Juni 1991 für unabhängig erklärte, Grenzschilder aufstellte und die Zölle in die eigene Staatskasse fließen ließ. Nach kurzer aber heftiger Intervention und slowenischer Gegenwehr gab die jugoslawische Bundesarmee die Republik verloren. Der von allen erwartete Krieg in Kroatien begann, nachdem die dort lebenden 18 Prozent Serben verfassungsgemäß zur Minderheit anstelle zur das Staatsvolk bildenden Nationalität erklärt wurden. Da diese Serben sich der Ustascha-Ausrottungsfeldzüge gegen ihre Landsleute im Zweiten Weltkrieg erinnerten, war die Ausrufung eines eigenen serbischen Staates zwangsläufig. Der wiederum wird hierzulande nicht anerkannt, sondern als „selbsternannt" (was denn sonst?) abgelehnt. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war die Formel vom „Selbstbestimmungsrecht" als Absurdität entlarvt. Den Auftakt der großen Fluchtbewegung in den jugoslawischen Republiken machten im übrigen 40.000 in Kroatien lebende Serben, die gleich nach der Unabhängigkeitserklärung aus Kroatien flohen.

IV. Selbstbestimmungsrecht als Kriegsparole

In dem Augenblick, als den sich von der jugoslawischen Föderation abtrennenden Republiken die vor allem aus der BRD signalisierte Anerkennung als eigener Staat durch die EG winkte, wurde ein zwangsläufiger Mechanismus inganggesetzt: ein Staat muß seine Grenzen und sein Staatsvolk definieren. Das „Selbstbestimmungsrecht" sollte in Kroatien für die Mehrheitsnationalität gelten, für die Minderheit nicht. Da diese das nicht akzeptierte, war der Krieg um das Territorium, auf dem Serben und Kroaten gemischt siedelten, eröffnet. Nationalstaatliche Grenzen, sind anders als in der nationalistischen Mythologie nie „natürlich", sondern immer Folge mehr oder weniger gewaltsamer Prozesse. Über die Grenzziehung entscheiden immer die Machtbataillone, die ein Staatsvolk mobilisieren kann. Die Serben waren zunächst überlegen, und konnte nach heftigen Kämpfen den größten Teil der serbisch besiedelten Gebiete (auch dort wo Serben in der Minderheit waren) besetzen. Nach Beendigung der Kämpfe werden die Grenzen entweder vertraglich geregelt, oder in erneuten Kämpfen anders gezogen werden. Das aufgeregte antiserbische Geschrei in der BRD war nicht gegen diesen zwangsläufigen kriegerischen Prozeß gerichtet, sondern allein dagegen, daß die Serben die Stärkeren waren. Die bundesdeutsche Politik internationalen Drucks war daher auch vor allem darauf ausgerichtet, die Stellung Serbiens zu schwächen und es international zu isolieren.

Die Hauptverantwortung für den kriegerischen Auflösungsprozeß Jugoslawiens trägt die von außen forcierte Staatenbildung. Insofern hat Deutschland allen anderen voran einen Anerkennungskrieg zur Zerschlagung Jugo-

Kurze Chronologie deutscher Anerkennungspolitik zur Zerschlagung Jugoslawiens

Juni 1991, Unabhängigkeitserklärung Kroatiens und Sloweniens, kurzer Krieg der jugoslawischen Bundesarmee gegen die slowenischen Streitkräfte an der österreichischen Grenze. Die EG erwirkt eine dreimonatige Aufschiebung der Unabhängigkeit, um eine jugoslawische Verhandlungslösung zu probieren.

Seit Juli 1991 wird in der Bundesrepublik die militärische Intervention gegen Serbien diskutiert (zuerst vom damaligen CDU-Generalsekretär Rühe). Noch nicht von der Bundesregierung, aber aus den Parteien CDU, CSU, SPD, FDP und Grüne wird die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens gefordert.

18. Juli, als erstes westeuropäisches Land empfängt die Bundesregierung Kroatiens Präsidenten Tudjman in Bonn.

November 1991, „Wir stehen einer gegen elf", beschrieb der „Spiegel" die Ausgangslage in der EG für die Anerkennung.

7. August, Bundeskanzler Kohl kündigt deutsche Initiativen zur Anerkennung an. Genscher kündigt eine „interministerielle Arbeitsgruppe" an, um „deutsche Maßnahmen, also nicht solche die im Rahmen der EG zu ergreifen sind" (FAZ, 8.8.)

16. August, die Bundesregierung macht den ersten Schritt zur Anerkennung. Unter Umgehung eigener Regeln ermöglicht sie den jugoslawischen Republiken Kroatien und Slowenien Hermes-Kredite, während sie dem Staat Jugoslawien gesperrt wurden.

14. November: Genscher ließ in Zagreb und Ljubljana „Briefe übergeben und telefonierte verschiedentlich", um in der Frage der Anerkennung von Minderheitenrechten ausreichende Verfassungspassagen zu erhalten.

8. November, „Ohne Hilfe der Deutschen hätten wir gar nicht bis jetzt standhalten können", so Tudjmans Regierungssprecher Nobilo in Bonn.

2[illegible]. November, Staatsbesuch der Präsidenten Kroatiens und Sloweniens, Tudjman und Kucan, in Bonn.

10. Dezember, EG-Gipfeltreffen in Maastricht, Genscher erreicht ein Sondertreffen der EG-Außenminister noch 1991, wo über die Anerkennung beraten werden soll.

15. Dezember, dem Bonner Auswärtigen Amt lag ein Rechtsgutachten des Bonner Völkerrechtlers Tomuschat vor, „wonach Kroatien den Minderheitenschutz auf für Europa vorbildliche Weise geregelt habe". (Dazu Jens Reuter, „Osteuropa-Experte" der Uni München: „Ich glaube, daß man alle Staaten, die anerkannt werden wollen, lediglich dazu zwingt, in aller Eile Rechte über die Minderheiten in die Verfassung aufzunehmen, die von den Mehrheiten gar nicht so gemeint sind.")

17. Dezember, Die EG-Außenminister akzeptieren nach „zähen Verhandlungen", Bonns Anerkennungsvorschlag mitzumachen, wenn die jugoslawischen Einzelrepubliken bis zum 23.12.91 diese Anerkennung beantragen und die EG-Regeln für Minderheitenschutz einhalten. Diese Regelung soll eine EG-Juristenkommission prüfen, um am 15.1.92 die Anerkennung zu vollziehen.

17. Dezember, auf dem CDU-Parteitag verkündet Kanzler Kohl die damit offiziell werdende Zerschlagung Jugoslawiens vor 1000 jubelnden Delegierten als „großen Erfolg für die deutsche Politik".

23. Dezember, ohne die Prüfung der EG-Juristen abzuwarten, erkennt die Bundesregierung Slowenien und Kroatien an.

13.1.92 Als zweiter Staat nach Deutschland vollzieht der Vatikan die Anerkennung.

15.1.92, die EG-Überprüfung hatte ergeben, daß Slowenien und Mazedonien die EG-Kriterien erfüllen, Kroatien noch nicht, Bosnien-Herzegowina müsse erst ein Referendum über einen eigenen Staat abhalten.

In den nächsten Wochen erkennen die EG-Staaten nach und nach Slowenien und Kroatien an.

6.4.92, Anerkennung Bosnien Herzegowinas, seither verschärfter Krieg.

slawiens geführt, dessen Folgen wiederum als Beweis für die Unmöglichkeit des Zusammenlebens von Serben, Kroaten, Bosniern etc. herhalten müssen. Das Verbrecherische dieser Politik, von klügeren Politikern seit einem Jahr vorhergesagt, wurde dann in Bosnien-Herzegowina offenkundig. Diese im Verhältnis 40:30:20 von Muslimen, Serben und Kroaten bewohnte Republik gegen Serbien zu einer Nation zusammenzwingen zu wollen, obwohl dieses Land de facto völlig durchmischt besiedelt ist, grenzt an völkischen Homogenisierungs-Wahnsinn, zumal serbische und kroatische Nationalisten ihre Zugehörigkeit zu ihren jeweiligen Vaterländern unzweifelhaft dokumentiert hatten. Daß dieser Krieg besonders grausam und zulasten derjenigen mit den schwächsten Bataillonen (die Muslime) gehen mußte, war alles andere, nur nicht überraschend. Selbst einem Propagandisten der Zerschlagung Jugoslawiens in der FAZ, Victor Meier, dämmerten in einer schwachen Schreibminute die Folgen: „Möglicherweise war das von der EG als Bedingung für die Anerkennung der bosnischen Unabhängigkeit vorgeschlagene Referendum nicht der Weisheit letzter Schluß; denn über die Zukunft des Landes kann nur im Konsens zwischen den drei großen Volksgruppen entschieden werden, damit sich keine von diesen majorisiert fühlen muß." (4.3.92) Da die Serben das Referendum boykottiert hatten, waren die kommenden Gemetzel vorgezeichnet. Die jetzt mit besonderem Abscheu angeklagte Politik „ethnischer Säuberungen" des jeweiligen eroberten Territoriums durch serbische, kroatische und bosnische Nationalisten begann mit dem Druck, einen eigenen bosnischen Staat zu bilden. Der „Held Kroatiens", Bundesaußenminister Genscher, hatte gegenüber den anderen EG-Außenministern die Anerkennung Bosnien-Herzegowinas erzwungen. Genscher setzte sie mit dem Argument durch, sie werde die Verhältnisse stabilisieren. Es spricht für die Unverschämtheit deutscher Großmachtpolitik, daß sie sich für diesen erneuten, gegen das serbische Jugoslawien gerichteten Schritt, ausgerechnet den 6. April 1992, den 51. Jahrestag des Nazi-Bombardements auf Belgrad, mit dem die deutsche Balkanbesetzung begann, ausgesucht hatte.

Eine gängige Regierungsformel zur Begründung der Jugoslawienpolitik lautet, Deutschland habe gerade deswegen „eine besondere Verantwortung" Minderheiten zu schützen (die nicht innenpolitisch gilt, wie in Rostock erlebt), weil es mit der Wiedervereinigung am eigenen „Volkskörper" die Segnungen des „Selbstbestimmungsrechts" erfahren habe. Das übergeht den kleinen Unterschied: das deutsche Selbstbestimmungsrecht hat eine neue Großmacht geschaffen. Das in der Ex-Sowjetunion und Jugoslawien dient gerade dazu, Groß- und Zentralmächte durch Sezession zu schwächen, um sie beherrschbar zu machen.

Innerhalb der EG und in Auseinandersetzung mit den USA war die deutsche Außenpolitik die treibende Kraft zur Zerschlagung Jugoslawiens. Die EG-Partner, die UNO oder die USA blockierten allzu heftige Alleingänge der BRD und waren, das gilt vor allem für Frankreich, immer bemüht, Deutschland in den EG-Konsens einzubinden. Weil sich die deutsche Politik aber ihrer neuen Großmachtrolle zu besinnen begann, wurde dies zum Wechselspiel. Sie band ihrerseits die EG in ihre Pläne ein und hat das EG-Verhandlungsbemühen der Briten (Haßzielscheibe: der konservative Verhandler Lord Carrington), Niederländer und die Taktik Mitterands (bremsen durch Einbinden) immer wieder aufgebrochen. Das Nichtzustandekommen einer effektiven Verhandlungslösung, das systematisch unterminiert wurde, galt dann immer als Beleg für die Falschheit solchen Umgangs mit „den Serben", die nur „die Sprache der Gewalt" verstünden.

„Die schrecklichen Vorgänge in Jugoslawien werden auch als Kulisse benutzt, aber auf der Bühne wird ein ganz anderes Stück gespielt. Die deutsche Außenpolitik steht natürlich vor der Frage: Was hat es auf sich mit der gewachsenen Bedeutung Deutschlands? Und da ist Jugoslawien zum Testfall geworden. Die beschleunigte Anerkennung der Nachfolgestaaten war der Versuch, die deutsche Durchsetzungsfähigkeit innerhalb der zwölf EG-Länder zu erproben...", so der frühere BRD-Botschafter in Jugoslawien, Horst Grabert (Wochenpost, 30.7.92)

Wir wollen angesichts der Formierung der Nationalismen in Jugoslawien nicht die Umkehrung zur Wahrheit erheben: hätte die BRD nicht forciert, wäre alles friedlich geblieben. Allerdings hat es zu keinem Zeitpunkt eine andere als kriegerische Alternative zu einer Verhandlungslösung zwischen den Machteliten der Republiken unter Vermittlung von außen gegeben. Die war von der deutschen Politik nicht gewollt. Von Genscher stammt der kriegerische Durchhalteappell an die Kroaten, „Mit jedem Schuß rückt die staatliche Unabhängigkeit Kroatiens näher."

V. Deutsche Großmachtpolitik

Die deutsche Politik behauptet, mit ihren Aktivitäten immer nur auf die Verschärfung der jugoslawischen Krise durch Serbien reagiert zu haben. Schließlich habe man bis Juni 1991 in Gemeinsamkeit der EG, auf eine Neuordnung Jugoslawiens gedrängt. Doch haben die „Denkfabriken" deutscher Neuorientierung schon viel früher auf Zerschlagung gesetzt. Sämtliche Massenmedien der BRD haben ein publizistisches Trommelfeuer ohnegleichen losgelassen, die EG und die UNO wegen ihres jugoslawischen Versagens, wegen Zögerlichkeit und Egoismus anzuklagen und den noch beschränkten Möglichkeiten deutscher Außenpolitik vorauszudenken. Besonders erwähnt werden sollen hier die Serbenhasser aus der FAZ — Reißmüller und Victor Meier, sowie der TAZ — Rathfelder, Hofwiler und Semler —, die mit selten erlebter Kontinuität die von ihnen angesprochenen „deutschen Eliten" rechts wie links seit 18 Monaten mit atemberaubender Einseitigkeit munitionieren.

Die Gründe, warum die deutsche Außenpolitik schwerfälliger als ihre publizistischen Vordenker war, liegen auf der Hand: sie befindet sich im Prozeß strategischer Neuorientierung, sie muß Rücksicht auf Partner im Westen nehmen und mußte vor allem erst einmal die Ernte der Vereinigung einfahren. Mit den Worten Genschers: „Und daß wir zu keinem Zeitpunkt vergessen haben, daß wir unsere volle Souveränität erst durch die Ratifizierung des Zwei-plus-vier-Vertrages im Obersten Sowjet und die Überreichung der Ratifikationsurkunde am 15. März 1991 wiedererlangt haben" (ZEIT, 30.8.91), sollte bei der Kritik an deutscher außenpolitischer Zurückhaltung nicht vergessen werden. Bis man sich im Juni 1991 offiziell zur Propagierung eines neuen Jugoslawienkurses entschloß, wurden andere Wege der Einflußnahme in der BRD organisiert bzw. mit Wissen geduldet.

Sei es, daß der slowenische Präsident Kucan im April 1991 (also vor der Unabhängigkeitserklärung und den kriegerischen Auseinandersetzungen im Juni) zu Wirtschaftsgesprächen nicht vom Bund, sondern vom Land Baden-Württemberg empfangen wurde. Seien es die Aktivitäten der Paneuropa-Union des CDU-Europaabgeordneten Otto von Habsburgs (ein Freund Tudjmans) in Slowenien und Kroatien und seine unermüdlichen Bemühungen, eine Lobby im Europaparlament aufzubauen. Sei es das prokroatische und extrem antiserbische Wirken der „gemeinnützigen" Göttinger „Gesellschaft für bedrohte Völker", die seit Monaten als Informationsquelle von der FAZ gefeatured wird. Sie arbeitet wiederum mit der „Deutsch-kroatischen Gesellschaft" des Hamburger ehemaligen „Spiegel"-Korrespondenten in Belgrad Hans Peter Rullman zusammen. Rullmann, der in rechtsradikalen Blättern wie „Europa vorn" publiziert, organisiert mit seiner Gesellschaft die Zusammenarbeit mit Exilkroaten in der BRD, unter denen nicht wenige Nachfolger der Ustascha agieren. In diese

Zusammenarbeit einbezogen sind die „Kroatische Kulturgemeinschaft", die „Kroatische Katholische Mission" und die BRD-Vertretung der „Kroatischen Demokratischen Union" von Tudjmans Partei HDZ. Diese Vereine treiben insbesondere Spenden unter kroatischen Arbeitern in der BRD ein. Auch das „Schiller-Institut" der faschistischen EAP mischt mit Großanzeigen gegen Serbien mit und stellte Redner auf prokroatischen Solidaritätskundgebungen in der BRD. Vergessen werden soll nicht, das Wirken von Söldnern aus deutschen Neonazigruppen in den kroatischen Ustascha-Verbänden, die im Klima der gnadenlosen Enthemmung des Krieges offenkundig ihre Kadererfahrungen sammeln, die sie ihren Nazikumpanen für die neue Qualität mörderischer Aktionen gegen Flüchtlinge vermitteln, wie in Rostock praktiziert.

„Die ganze exkommunistische Welt wendet sich — mit dem Hut in der Hand — vor allem an die Deutschen. Deutschland besitzt den Schlüssel zur Währungsunion der Gemeinschaft. Es verfügt über die größten Ressourcen des ganzen Kontinents. Ob dieser Rang und diese im Wachsen begriffene internationale Kraft angesichts der Schwäche der anderen über kurz oder lang zu einer echten, vor allem nach Osten gerichteten deutschen Hegemonie führt, hängt von der Fähigkeit Westeuropas ab, die Deutschen in eine solide politische und wirtschaftliche Union einzubinden ... Wenn die europäische Gemeinschaft damit aber scheitert, ... könnte in Europa eine Zone expansiver deutscher Hegemonie entstehen und Deutschland würde dank seiner wirtschaftlichen Kraft den Krieg gewinnen, den es mit den Waffen 1945 verloren hat." Das schrieb im November 1991 die Zeitung „La Stampa" in Turin über die neue deutsche Ostpolitik.

Während im Ausland die neue Rolle Großdeutschlands aus Gründen der Konkurrenz und echter Sorge wahrgenommen wird, ist sie hierzulande auch in der Linken kaum Gegenstand kontroverser Debatten. Die deutsche Hauptstadtdebatte im Juni 1991 ging um das Symbol deutscher Neuorientierung. Willy Brandt im den neuen Konsens im Bundestag formuliert: „Deutschland bleibt nicht der Osten vom Westen, sondern es wird zur neuen Mitte Europas. Berlin liegt da gut, auf beide Schienen bezogen: Nord-Süd und West-Ost." „Von Berlin aus denken" ist die Maxime neuer deutscher Außenpolitik.
Immer wieder wird die Frage nach der Rationalität der neuen deutschen Außenpolitik gestellt. Zumeist wird sie in ökonomischen Erträgen im Osten gesucht. Die sind allerdings bislang mager. Den einen ist dies Beleg dafür, daß es soweit her mit deutscher Großmachtpolitik nicht sein kann, die anderen suchen, unseres Erachtens kurzschlüssig — verzweifelt nach solchen Daten, die dies widerlegen. Demgegenüber wollen wir abschließend einige Thesen zu den Zielen der in Entwicklung befindlichen BRD-Großmachtpolitik zur Diskussion stellen, die Rationales und Irrationales voneinander zu trennen versucht.

VI. Thesen zur deutschen Außenpolitik

1. Die ökonomische Rationalität bundesdeutscher Jugoslawienpolitik muß infragegestellt werden. Die kurzfristigen ökomischen Ambitionen in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens rechtfertigen nicht den Aufwand, mit dem sich Deutschland großmachtpolitisch zum Ordnungsfaktor in Jugoslawien aufschwingt. Wäre die aktuelle deutsche Politik ökonomisch rational, entspräche die Intervention zur Gewinnung von Raum- und Einflußgebieten eher dem Szenario eines Dritten Weltkriegs. Die bundesdeutsche Wirtschaft basiert aber auf Strukturen ökonomischer Expansion in Friedenszeiten. Die Logik des Krieges gerät in Jugoslawien Konflikt mit der Logik der (nicht offen kriegerischen) Ökonomie. Was der Krieg hinterläßt, sind zerstörte Ansätze einer in den neuen Staaten überhaupt erst aufzubauenden Nationalökonomie und zerstörte Infrastruktur, die eher Basis für eine Kriegsökonomie der Zwangsbewirtschaftung sind, als für das, was freie Marktwirtschaft genannt wird: investitionsfreundliche Bedingungen für Kapitalgeber. An diesem Zustand wird sich für längere Zeit nichts ändern. Auch die Hoffnungen des slowenischen Wirtschaftsminister Muncinger, „der Krieg könnte die Möglichkeit bieten, den Wirtschaftsaufbau auf moderner Basis zu bewerkstelligen, wie in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg" (Süddeutsche Zeitung, 11.11.91), dürfte in der wirtschaftlich stärksten Republik kaum aufgehen. Das Kapitalinteresse richtet sich nicht nach solchen verständlichen frommen Wünschen, sondern nach Kapital- und Wirtschaftsbedingungen, die Voraussetzungen für ausreichend Cash bieten.

Diese Erfahrung müssen derzeit alle „Marktwirtschaftler" in den Nachfolgestaaten der UDSSR machen. In seinem neuesten Memorandum zur Situation in der GUS kommt der BDI (Bundesverband der deutschen Industrie) zu dem Fazit, daß der wirtschaftliche Zerfallsprozeß in der GUS noch lange Zeit anhalten wird. „Durch Maßnahmen von außen (sei) der Absatzmarkt der GUS und vor allem Rußlands binnen kurzen nicht zu stabilisieren." (FAZ, 11.8.92) „Mit Ausnahme von Weißrußland, Kasachstan und der Ukraine seien alle UDSSR-Nachfolgestaaten als Entwicklungsländer anzusehen und müßten in der deutschen Wirtschaftsförderungspolitik entsprechend behandelt werden." (FR, 7.8.92) Ähnliches dürfte nach Beendigung des Krieges auf dem Balkan für die Nachfolgestaaten Jugoslawiens gelten.

2. Langfristig ist bei dem neuen deutschen Vormarsch nach Osteuropa die ökonomische Zielsetzung sicherlich die treibende Kraft des heutigen Agierens. Ob sie sich angesichts der unsicheren Entwicklung der Weltwirtschaft allerdings rechnen wird, steht in den Sternen. Möglicherweise wird die heutige Politik von der gleichen Logik getrieben, die Hans Kehrl vom deutschen Reichswirtschaftsministerium am 9.9.1940 sagen ließ: „Der europäische Großraum! Wie groß der europäische Großraum tatsächlich sein wird, läßt sich jetzt noch nicht übersehen. Auch das wird der Führer anläßlich der Friedensschließung bestimmen. Aber wie weit sich politisch der Raum ausdehnt, ist nicht ausschlaggebend. Daß er sich wirtschaftlich wesentlich erweitern wird, ist sicher."
Kurzfristig geht es aber vor allem um die Sicherung von Optionen, um deutsche Dominanz und politische Kontrolle des Ostens unter zweierlei Gesichtspunkten. Zum einen erfordert die Absicherung der Reproduktion des Kapitals nicht nur die kapitalistische Durchdringung der noch nicht vollständig in den Weltmarkt integrierten Gebiete, sondern auch deren politische Beherrschung. Das bedeutet zum anderen die Sicherung des deutschen/europäischen Wohlstands und seine Absicherung gegen äußere Gefährdungen gen Süden (Islam) und gen Osten. Noch kann niemand vorhersagen, ob sich in der ehemaligen Sowjetunion und ihrer absolut desaströsen Lage neue Bewegungen herausbilden werden — faschistische oder auch revolutionäre (?), die als potentielle Gefährdung des Imperialismus Europa ferngehalten werden müssen. Offenkundig bastelt die BRD an einem „Sicherheits-Cordon" politisch und ökonomisch abhängiger Staaten vom Baltikum bis zum Balkan zum Zwecke der Abwehr solcher potentieller Gefahren.

3. Die neue Rolle Deutschlands in Europa beschreibt die „Le monde diplomatique" so: „Die politische Bestimmung (der EG) war irgendwie die Sache Frankreichs; Deutschland bildete den ökonomischen Motor. Diese Konstruktion ist in Gefahr. Deutschland, das heute 80 Millionen Menschen zählt, hat keinen Feind im Osten mehr. Für Deutschland ist die Nachkriegszeit vorbei und damit auch seine politische Unterlegenheit. Seine ökonomischen Ziele sind so hoch gesteckt — trotz der Kosten für die alte DDR —, daß selbst der französische Franc zum Gefangenen der DM-Zone wird." (1/92) Politisch hat die BRD mit ihrer Vorreiterrolle in Jugoslawien einen großen Sprung nach vorn versucht, vom nur „ökonomischen Riesen" zum auch politischen, und damit endlich aus der schon von Strauß beklagten „Zwergen"rolle heraus. Mit

den Worten des außenpolitischen Strategen der CDU, Lamers: „Deutschland darf niemals mehr in eine Mittellage zwischen Ost und West kommen, sondern muß die ruhige Mitte Europas bilden; deshalb muß man den Osten zum Teil des Westens machen." (FAZ, 25.4.92) Die Ostorientierung der BRD auf der Basis ihrer Vormachtstellung in der bisherigen EG wird mehr noch als bisher die von Deutschland bestimmte Neugruppierung der EG zur Folge haben, zu Lasten der Konkurrenten Frankreich und Großbritannien und des Einflusses der USA. Damit dürften künftig innerimperialistische Konflikte eine ganz neue Dimension erhalten, als dies zu Zeiten der Blockkonkurrenz der Fall war.

4. Militärisch ist der bundesdeutsche Nachholbedarf am größten. Seit der Diskussion um die Beteiligung deutscher Soldaten im Golfkrieg sind die Weichen allerdings auf eine deutsch-französisch kontrollierte Europaarmee (Euro-Korps) gestellt. Die EG-Auseinandersetzungen um den Jugoslawienkurs waren der deutsche Machtkampf um die künftige Federführung bei der Neuordnung Osteuropas und die Wahrnehmung eines „europäischen Gewaltmonopols". Der Weg, den die neue deutsche Großmacht- und eigenständige Militärpolitik einschlägt, ist „europäisch. Zwar kann die militärische Dominanz der USA nicht in Frage gestellt, doch soll sie geschwächt werden. Das politische Herrschaftsmittel soll die KSZE als Unterabteilung der UNO sein, ein europäischer "Sicherheitsrat", unter der Führung des EG-Kerns und deutscher Hegemonie. Das Euro-Korps und die WEU-Armee befinden sich noch im embryonalen Zustand. Ihre Aufgabe, in Abgrenzung zur US-dominierten NATO, soll entweder in Abstimmung mit der NATO liegen, oder dort, wo „die NATO nicht handeln kann oder nicht handeln will" (Generalinspekteur Naumann). „Nicht handeln will..." meint die Situationen, in denen deutsche und US-Interessen nicht mehr konform gehen. Die reale Entwicklung ist schon viel weiter, als die Diskussion in der Friedensbewegung. Zwischen SPD, CDU und FDP geht der Streit nicht um UNO-Blauhelme, sondern um die Anbindung deutscher internationaler Truppen an bestehende Machtstrukturen (SPD und FDP: UNO) oder größere Eigenständigkeit und neue Machtstrukturen (Teile der CDU und CSU: Europa). Das Ob steht also gar nicht mehr politisch in Frage. Ziel der CDU-CSU-Diskussion ist es daher, den „Einsatz der Bundeswehr bei Friedenseinsätzen nicht von den Vereinten Nationen, sondern von der Zustimmung der EG abhängig zu machen" (Lamers). Weil, so die demagogische Begründung, die Zuverlässigkeit der europäischen Partner besser kalkulierbar sei, als die der Vereinten Nationen. Spätestens 1995 wird die BRD auch militärisch ihre volle „Souveränität" erlangt haben: wenn der Abzug der sowjetischen Truppen abgeschlossen ist. Danach dürfte der nächste große Schritt zur Militär- und Atomstreitmacht Deutschland im Gewande der Europäisierung erfolgen.

Jugoslawien unter deutscher Besetzung

Jugoslawien kam nach der Besetzung Frankreichs durch die deutschen Truppen und der vorläufigen Aufgabe deutscher Landungspläne in England seit Ende 1940 unter immer stärkeren „diplomatischen" Druck des Dritten Reiches. Am 25. März 1941 unterzeichnete die Belgrader Regierung den Beitritt zum „Dreimächtepakt" (Deutschland Italien, Japan). Zwei Tage später putschten deshalb serbische Offiziere gegen die jugoslawische Regierung. In Belgrad gab es Massendemonstrationen mit Losungen wie „Lieber den Krieg als den Pakt" und „Lieber das Grab als die Sklaverei".

Reichskanzler Hitler sprach von „serbischem Verschwörerpack" und erklärte am 27.3.41 seinem Außenminister und den leitenden Militärs, er sei entschlossen, „Jugoslawien militärisch und als Staatsgebilde zu zerschlagen." Am 6. April wurde das Land ohne Kriegserklärung von deutschen Truppen angegriffen. Eine „Führerweisung" befahl der Luftwaffe, die Hauptstadt Belgrad „durch fortgesetzte Tag- und Nachtangriffe ... zu zerstören". Der schnelle Erfolg der deutschen über die schwach gerüstete jugoslawische Armee wurde durch die politische Abneigung vieler Kroaten gegen den (aus ihrer Sicht zu serbisch dominierten) jugoslawischen Staat zusätzlich erleichtert: etwa 30-40% der Einberufenen Kroaten sollen dem Mobilmachungsbefehl nicht gefolgt sein.
Die deutsche Aggression und die folgende Politik des „Teile und Herrsche" lösten ein Blutbad aus. Das deutsche Reich annektierte einen Teil von Slowenien, der andere ging an Italien. Kroatien wurde auf dem Papier ein selbständiger Staat und Serbien kam unter deutsche Militärverwaltung. Die kroatische Führung lag in den Händen der zum Teil aus dem Exil zurückgekehrten Ustascha-Faschisten mit dem „Poglavnik" (= Führer) Ante Pavelic an der Spitze. Ihre soziale Basis war im alten Jugoslawien gering gewesen, verbreiterte sich aber unter dem Schutz deutscher Besatzung, ohne die sich kaum an der Regierung gehalten hätte. Durch Vertreibung, Zwangsumtaufung und Massenmord in Vernichtungslagern versuchte der Ustascha-Staat „dieses Land tatsächlich kroatisch zu machen und von den Serben zu säubern" (so Minister Milovan Zanic im Mai 1941). Der Ustascha-Kommandeur von Banja Luka erklärte: „Ich habe Anweisung gegeben zur völligen Ausrottung der Serben." Katholische Presse des Landes und katholische Bischöfe unterstützten den „Kreuzzug" der Ustaschen, katholische Priester, vor allem Mitglieder des Franziskanerordens, mordeten eigenhändig mit. Unmittelbar betroffen von der „rassisch-völkischen Neuordnung" im Ustascha-Staat waren knapp zwei Millionen Serben und 700.000 Muslime, die Juden und die Zigeuner. Die kroatische „Regierung" trieb das Morden so exzessiv, daß es (was die Serben betraf) von deutschen Militärbefehlshabern kritisiert wurde. Denn der Widerstand der Partisanen in Serbien und Kroatien wuchs. Die Reichsleitung in Berlin ließ das Ustascha-Regime jedoch im Amt. „Keine andere Regierung hätte willfähriger und — nicht zuletzt auf Grund der eigenen Verbrechen — so sehr darauf angewiesen sein können, bis zum Ende an der Seite des nationalsozialistischen Deutschland auszuhalten", urteilte ein deutscher Historiker.

Die deutschen Besatzer versuchten, mit militärischer Repression und Spaltung des Widerstands seiner Herr zu werden. Das Oberkommando der Wehrmacht befahl Massenerschießungen von zivilen Geiseln. Im Oktober 1941 erschossen die Deutschen in einer serbischen Stadt ca. 3000 Menschen, darunter zahlreiche Schüler. Der deutsche Militärbefehlshaber regelte die „Sühne durch Tötung" so: Für jeden durch Widerstandskämpfer getöteten Deutschen oder Bulgaren 50 „Sühnegefangene", für jeden Verwundeten 25, für einen getöteten Kollaboranten 5, für jeden Anschlag auf kriegswichtige Anlagen bis zu 100 „Sühnegefangene".
Die Zahl der Toten durch Krieg und Bürgerkrieg in Jugoslawien zwischen 1941 und 1945 wird auf 1-1,7 Millionen geschätzt. Dazu kommen nach jugoslawischen Angaben 9 Milliarden Dollar (in Preisen von 1938) materielle Schäden. Mitte 1943 arbeiteten in Deutschland 127.000 Zwangsarbeiter und 100.000 Kriegsgefangene aus dem besetzten Jugoslawien. Im Zuge der nationalsozialistischen „Neuordnung des europäischen Großwirtschaftsraums" sicherten sich die deutschen Firmen u.a. die Verfügungsrechte über Bauxit-, Chrom-, Blei- und Antimonvorkommen.

Der Widerstand der Cetnici-Bewegung der serbischen Nationalisten zielte auf Restauration des alten Systems unter großserbischer Führung. Ein Teil der Cetniks kämpfte am Ende des Krieges sogar mit den Deutschen gegen die „Tito-Kommunisten". In der Führung und Basis der Tito-Partisanen waren alle jugoslawischen „Nationalitäten" vertreten. Ihr föderatives Konzept formte schließlich unter kommunistischer politischer Führung Nachkriegsjugoslawien.

HERAUS ZU DEN NEUKÖLLNER MONTAGSDEMOS

Seit September organisiert eine bislang noch wachsende Gruppe von Initiativen und Einzelpersonen regelmäßige Kiezdemos. Wir nennen sie monatagsdemos, da sie jeweils am ersten Montag im Monat stattfinden. Die Demos greifen verschiedene Themen auf, die wir nicht den Fachos und Partein überlassen wollen (Umstrukturierung, Rassismus, Verkehr).

Zur ersten Demo (gegen Mietwucher) riefen ca. 20 Gruppen und Gewerbetreibende auf. Wir hoffen, daß sich das Bündnis von Demo zu Demo vergrößert, ohne daß unsere Inhalte baden gehen.
Wir sehen die Demo als besonders wichtig an, da unsere Läden verdrängt werden und so versucht wird, uns mundtot zu machen. Dadurch, daß wir regelmäßig auf die Straße gehen und unsere Inhalte verbreiten, hoffen wir, auch den Faschos im Kiez etwas entgegensetzen zu können.

Wir rufen alle auf: kommt zur Montagsdemo gegen Rassismus am 5.10.92 um 17:30 Uhr am Rathaus Neukölln.
Es ist wichtig, nicht "nur" nach Rostock zu fahren, sondern auch die Rassisten im Stadtteil zu entlarven und zu vertreiben.

Für alle, die sich in die Vorbereitung der nächsten Demos einklinken wollen, findet am 12.10. um 19:00 im 3.-Welt-Laden in der Thomasstraße ein Vorbereitungstreffen statt.

"Friedenskonzert" einer Sekte

Kaum einer/m werden die "Friedenskonzert"-Plakate entgangen sein, hängen ja überall. Dabei handelt es sich um eine Werbetour eines Ami-Gurus, der seine Gemeinde vergrößern will, ca. 70 Bücher geschrieben hat, wie ca. 50 Olympiasieger berichten, mit Meditation zum Erfolg, macht Manager-training. Hat nach Aussagen der Verwaltung, des Sri Chimnoy Centre 700 Jünger in Dtld. Dort hängen auch mindestens 2 Guru-Bilder an jeder Wand. Das Konzert wird mit 150 000 DM angeblich von Spenden finanziert. Interessant sind wohl nur die Adressen der Karten-bestellerInnen, die sorgfältig notiert werden. Die Kartenvorbestellung ist nur Veralberung, denn Karten berechtigen bei Überfüllung nicht zum Eintritt.
Von einem, der beim Besuch im Sri Chimnoy Centre vom religiösen Führerkult in Gänseblümchen verpackt den Rest bekam.

Rep-Vorsitzender von Eberswalde:
Jörg-Dieter Vennen, hat einen blauen Alfa, Kennz. EW-L 222
ist **KNEIPENWIRT !**
Bekanntgegeben auf der "Grünen Welle" in der Nacht vom 5. auf den 6.9.1992.
Sie wurden von den Bullen in ihren Autos gestoppt und "kontrolliert".

Der Fascho Karsten Sandow ist aus dem besetzten Haus in Friedrichshain (s. letzte Interim) rausgeworfen worden.

Buckeln und Treten

(red). Wie im GT zu lesen war, hat sich die Stolipei eine neue Anschaffung geleistet: sechs Dienstfahrräder, zwei davon fürs ZivileStreifenKommando. Begründung: die vermehrt auftretenden Fahrraddemos, die gesteigerte BürgerInnennähe wg. fehlendem Blech, die besseren Überwachungsmöglichkeiten am Kiessee, der größere Überraschungseffekt bei FahrraddiebInnen, der natürliche Hang von Bullen zum Buckeln und Treten und noch einiges mehr.
In unseren Kreisen wurde bereits spekuliert, ob es jetzt auch neue Helme gibt, mit Vorrichtung zum Blaulichtdraufschrauben, und ob die Bullen jetzt tagein tagaus das "lalülala" im Chor üben. Wir werden sehen. ❑

Achtung
die PA - Firma Audio-Team beschallte schon mehrmals Faschopartys und deren Konzerte. Die Firma sitzt in der Schönhauser Allee 72 d.
Keinen Tonlang den Faschisten

ANZEIGE

RADIO HARTE ZEITEN
WIDERSTAND in POLITIK UND KULTUR
'Marxistische Philosophie ist die der Zukunft, also auch der Zukunft in der Vergangenheit; so ist sie, in diesem versammelten Frontbewußtsein, lebendige, dem Geschehen vertraute, dem Novum verschworene Theorie-Praxis der begriffenen Tendenz.'(hä??) (Ernst Bloch, Das prinzip Hoffnung)
Sondernummer zu unserer Widerstandsgeschichte in den 80er Jahren
DM 3,-- incl Porto zu beziehen:
Infobüro Alte Feuerwache
Am Landwehrplatz
6600 Saarbrücken

EINHEIZ FESTIVAL
ANTIFA BENEFIZ
2. Oktober '92
Berlin
Wuhlheide
mit
SLIME
TOXOPLASMA
DIE SKEPTIKER
YOK QUETSCHENPAUA
HEITER BIS WOLKIG
QUATERED SHADOWS
VORVERKAUF: 10.- DM ABENDKASSE: 15.- DM
Gr.Freilichtbühne Wuhlheide S-Bhf Wuhlheide
Einlaß: 15 Uhr Beginn: 16 Uhr
TOTAL SOUND
unabhängige antifagruppen

AntiFa-Café-Wedding
in der Putte, Osloerstr.12, 2.HH, 2.Etage
Filme + Vorträge + Diskussionen
4. Oktober 1992
Infoveranstaltung
zur Situation von Flüchtlingen in der BRD
mit Flüchtlingen, VertreterInnen von Asyl e.V., u.a.
18. Oktober 1992
Film über die "Neue Rechte" in der BRD
Café + Broschüren + Bücher
Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat
jeweils ab 17 Uhr

THE BEAT GOES ON

KRIMINALITÄT VON FRAUEN

Vortrag und Diskussion
Dr. Gerlinda Smaus

Der Anteil von Frauen an der Gesamtkriminalität liegt bei ca. 20 %, nur 4 % aller Häftlinge sind Frauen. Wie erklärt sich dieser geringe Anteil? Sind Frauen weniger kriminell oder werden sie weniger kriminalisiert? Vorgestellt werden verschiedene (feministische) Ansätze, die diesen Fragen nachgehen. Hierbei wird deutlich, daß das Strafrecht das Verhalten von Männern kontrolliert, während Frauen anderen Kontrollmechanismen unterliegen, um sie ihrer gesellschaftlichen Funktion zuzuweisen.

Donnerstag, 1.10.92, 20.00 Uhr
Ort: Frauencafé Glogauer Straße

BERICHTE AUS DEM HAFTALLTAG

Vortrag und Gespräch

In dieser Veranstaltung kommen drei inhaftierte Frauen und eine ehemalig inhaftierte Frau aus dem Berliner Frauenknast Plötzensee selbst zu Wort.
Zentrales Thema des Gesprächs wird der Haftalltag in den verschiedenen Phasen des Strafvollzugs (Untersuchungshaft, geschlossener und offener Vollzug) sein.
Eine der Frauen wird zudem über ihre Erfahrungen in DDR-Gefängnissen sprechen.

Donnerstag, 8.10.92, 20.00 Uhr
Ort: FRIEDA Frauenzentrum

AUSLÄNDERINNEN IM KNAST

Vortrag und Diskussion
Lateinamerika-Zentrum (LAZ) - Frauenplenum

Ausländische Frauen sind im Knast meist härteren Haftbedingungen unterworfen als ihre deutschen Mitgefangenen. Nach verbüßter Strafe droht ihnen zudem oft die Abschiebung. Wir möchten exemplarisch die Fluchtgründe, die Überlebensstrategien und die Knasterfahrung von ausländischen Frauen darstellen. Im Mittelpunkt der anschließenden Diskussion soll stehen, welche Funktion die Inhaftierung ausländischer Frauen für den Staat hat und welche Positionen wir zu den gefangenen Frauen entwickeln.

Donnerstag, 15.10.92, 20.00 Uhr
Ort: Frauencafé Glogauer Straße

»SCHREIBEN HINTER GITTERN«

Vortrag mit Dias, Diskussion
Dr. Uta Klein

Texte von Frauen aus Gefängnissen machen deutlich, was Frauenknast bedeutet: eine doppelte Unterdrückung. Nicht viele Frauen haben über ihre Erfahrungen geschrieben. Meist waren es politisch Inhaftierte wie Vera Figner im zaristischen Rußland, Luise Rinser im Nazi-Deutschland oder Ulrike Meinhof aus der Zeit der Fahndungshysterie der 70er Jahre. Andere Frauen begannen erst im Gefängnis zu schreiben, als Schritt zur Gegenwehr. Die Texte geben uns Einblick in ihre Situation.

Donnerstag, 22.10.92, 20.00 Uhr
Ort: FRIEDA Frauenzentrum

»MONOLOG IN DER EISWÜSTE«

Lesung literarischer Texte inhaftierter Frauen
Michèle Clees und Christiane Durbach

»Ich fragte einmal ganz zu Anfang eine Sozialarbeiterin nach einer Wärterin, worauf ich zur Antwort bekam, das hieße nicht Wärterin, sondern Beamtin. Wenn ich Wärterin sagen würde, wären die Beamtinnen beleidigt, weil sie sich dann wie im Zoo vorkämen.
Welch überwältigende Logik!!!« *Monika H.*

Donnerstag, 29.10.92, 20.00 Uhr
Ort: Frauencafé Glogauer Straße

»VERRIEGELTE ZEIT«

Dokumentarfilm DDR/BRD 1990
Filmvorführung und Diskussion
N.N., Mitarbeiterin der Filmhochschule Babelsberg

Die Dokumentarfilmerin Sybille Schönemann wurde 1984 in der DDR inhaftiert und durch eine Freikaufaktion in die BRD gebracht. 1990 kehrte sie mit einem Filmteam zurück. Auf der Suche nach den Verantwortlichen stieß sie auf das ewig deutsche Geflecht von »nur« Ausführenden und Befehlsempfängern, in deren Mechanismus sie gefangen war. Der Film ist ein Stück persönlicher Lebensbewältigung für die Autorin und ein entlarvendes Dokument jüngster deutscher Geschichte.

Donnerstag, 5.11.92, 20.00
Ort: FRIEDA Frauenzentrum

»DABEISEIN UND NICHT SCHWEIGEN«

Ein Gedächtnisprotokoll zur Inhaftierung in der DDR
Lesung und Gespräch
Gabriele Stötzer (Kachold)

Gabriele Stötzer wurde 1976 als »Politische« in der DDR inhaftiert. Den bisher unveröffentlichten Haftbericht fertigte sie zur Erinnerung und Selbstklärung, aber auch aus der Erfahrung allgemeiner Ignoranz gegenüber Erlebtem im Knast. »Knast ist nicht gesellschaftsfähig. Die Gefangenen nehmen das Grau der Gefängnismauern mit in ihre Existenz als freigelassene DDR-Bürger.« Die Inhaftierung prägte ihre spätere Arbeit innerhalb der oppositionellen DDR-Kunst-Szene.

Donnerstag, 12.11.92, 20.00 Uhr
Ort: Frauencafé Glogauer Straße

FRAUENKNAST -- DIE DOPPELTE UNTERDRÜCKUNG

Abschlußdiskussion
Eingeladen sind alle Referentinnen

Die Reihe »Frauen und Knast« hat das Leben von Frauen hinter Mauern als spezifische Fortsetzung weiblicher Benachteiligung in Ost und West thematisiert. Welche Gedanken und Gefühle lösten die Berichte, Vorträge, Lesungen und Filme aus? Was blieb unberücksichtigt?
Auf welchen gesellschaftlichen Strukturen beruht die Strafvollzugsrealität, wie müßte die Gesellschaft alternativ mit Schuld umgehen?

Donnerstag, 19.11.92, 20.00 Uhr
Ort: FRIEDA Frauenzentrum

TERMINE

Do. 1.10.

19.00 Vorbereitungstreffen zu Aktionen zu Jugoslawien, Südost-Kulturzentrum, Großbeerenstr. 88, 1-61

20.00 VV zum 3.10. in Schwerin Versammlungsraum, Mehringhof

20.00 "Kriminalität von Frauen" Frauencafé Glogauer Str.

21.00 Küchengespräche mit Rebellinnen Videokino Daneben, Rigaer Str.84

Freitag, 2.10.

16.00 Einheizfestival mit Slime, Toxoplasma, Skeptiker, Yok Quetschenpaua, Heiter bis Wolkig, Quatered Shadows. Freilichtbühne Wuhlheide

Sonnabend 3.10.

ab 10.00 zentrale Einheizfestlichkeiten der Autonomen in Schwerin

13.00 Demo gegen Rassismus und Nationalismus Oranienplatz bis Rosa-Luxemburg-Platz

Sonntag 4.10.

17.00 Infoveranstaltung zur Situation von Flüchtlingen in der BRD Antifacafé Wedding in der Putte, Osloer Str. 12, 2.HH, 2. Etage

Montag 5.10.

Interim Redaktionsschluß

17.30 2. Neuköllner Montagsdemo Kampf dem Rassismus Rathaus Neukölln

19.30 ♀+⚢ VV Versammlungsraum, Mehringhof

Dienstag 6.10.

20.00 Gefangenentreff von Rostock am 23. August, Blauer Salon, Mehringhof

21.00 "Der Traum vom ordentlichen Anarchisten" und " Wir werden es schaffen", Videokino Daneben, Rigaer Str. 84, 1035

21.00 "Deutschland erwache!" Die Wiedervereinigung der Neonazis

23.00 Clash, Uferstr. 13. 1-65

Donnerstag 8.10.

20.00 Berichte aus dem Haftalltag FRIEDA Frauenzentrum, Proskauer Str. 6, 1035 (ausschl. f. Frauen)

21.00 Kommunistische Jugend in Schöneberg, Videokino Daneben, Rigaer Str. 84, 1035

MODERN CHILDREN:
CAN SOLVE MANY FAMILY PROBLEMS!